

A1 – Irgendwer muss es ja machen - Jugendwahlkampf 2013

Im September 2013 stehen die Wahlen für den deutschen Bundestag und für die Landtage Bayern und Hessen an. In Zeiten des Wahlkampfes ist die politische Aufmerksamkeit deutlich gesteigert und damit auch die Möglichkeiten für uns als Verband, politisch zu intervenieren. Deswegen wollen wir eine Jugendkampagne zu Wahlkampfzeiten starten.

1. Bundestagswahl im Zeichen der Eurokrise

Die Bundestagswahl findet vor dem Hintergrund einer weiterhin nicht gelösten Krise in Europa statt. In Südeuropa liegt die Jugendarbeitslosigkeit teilweise bei 60 Prozent, die Faschisten gewinnen beängstigend an Stärke, aber es gibt auch Gegenwehr. Die Perspektive „Sozialismus oder Barbarei“ gewinnt an erschreckender Aktualität.

Auch wenn die Krise in Deutschland nicht zu massiven Angriffen auf den Lebensstandard von Arbeitenden und Jugendlichen geführt hat, auch wenn es hier keine Massenarbeitslosigkeit gibt, und auch wenn es hier keine Generalstreiks und Massendemos gibt, wird die Krise früher oder später auch in Deutschland ankommen.

Bisher haben Deutsche Banken und Konzerne von der Krise vornehmlich profitiert. Niedriglohn und Prekäre Arbeitsverhältnisse machen Waren aus Deutschland europaweit konkurrenzlos billig. Deutschlands Wirtschaft ist aber stark exportabhängig, ein weiterer Einbruch der Weltwirtschaft würde die Ökonomie hart treffen. Angriffe von oben werden aber wahrscheinlich erst nach der Bundestagswahl anfangen.

Schon jetzt mehren sich aber nationalistische Stimmen zur Krisenbewältigung. Die neugegründete „Alternative für Deutschland“ hat schon jetzt das Potential, das rechtspopulistisch-nationalistische Lager zu einen und in den Bundestag einzuziehen. Rassismus und Nationalismus nehmen jetzt schon gesamtgesellschaftlich zu.

Umso wichtiger wird der Einzug der LINKEN in den Bundestag sein, um in der Krise Antworten von Links, und dem Widerstand eine Stimme auch im Parlament zu geben.

2. Was wir wollen - Ziele der Kampagne

Wir wollen keinen „Kreuzchen-Wahlkampf“. Wir wollen in unserer Jugendkampagne kreative Protestformen finden und uns vor Ort für bestimmte, konkrete Ziele einsetzen. Im Vordergrund steht dabei, als aktiver Jugendverband sichtbar zu sein. Wir bleiben aber unabhängig, und üben solidarische Kritik an der LINKEN, wo es nötig wird.

Ein wichtiges Ziel der Kampagne ist der Verbandsaufbau. Ein starker und handlungsfähiger Verband ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Kampagne. Der Aufbau besteht einerseits aus der Konsolidierung und Stärkung bestehender Strukturen, unserer Gruppen und Landesverbände. Zudem aus der Aktivierung der passiven Verbandsmitglieder. Andererseits wollen wir ebenso einen Aufbau im klassischen Sinn der Neumitgliedergewinnung und dem Aufbau neuer Gruppen vorantreiben. Kampagnen zu Zeiten des Wahlkampfes eignen sich besonders gut für Aktivierungen, da das Interesse der Menschen an politischen Inhalten mit der Aktivitätsentfaltung unserer Strukturen zeitlich zusammenfällt. Das müssen wir nutzen.

Wir wollen die kulturelle und soziale Bindung junger Menschen an den Jugendverband aufbauen und stärken. Der gesteigerte Grad der Aktivität unserer

Gruppen und Strukturen bieten viele Möglichkeiten, einzelne Aktive sowie Gruppen an uns zu binden und Angebote für eine weitergehende Aktivität aufzuzeigen.

Natürlich ist eines unserer wichtigsten Ziele eine starke LINKE im Bundestag. Dafür wollen wir werben und aktiv darauf hinwirken, einen Wiedereinzug der größten linken Partei in Deutschland zu ermöglichen. Auch wenn die Jugendkampagne keine klassische Wahlkampfkampagne sein wird, rufen wir zur Wahl der LINKEN auf. Für uns ist und bleibt DIE LINKE, als parlamentarischer Arm der gesellschaftlichen Linken in Deutschland, ein strategisch wichtiger Akteur, dessen Stärke für uns und viele andere ein Anliegen sein muss. Wir wissen allerdings, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse vor allem durch Bewegung außerhalb des Parlaments verändert werden.

Ein weiteres Ziel ist die Stärkung der Zusammenarbeit mit unseren Partner_innen auf verschiedenen Ebenen. Wir wollen unsere bestehenden Bündniskontakte intensivieren, durch sinnvolle Zusammenarbeit an gemeinsamen Inhalten und auch durch eine Entfaltung gemeinsamer Aktionen. Auch die europäische Vernetzung kann in Wahlkampfzeiten forciert werden, auch in Hinblick auf die Europawahlen 2014.

3. Wen wir erreichen wollen - Zielgruppen

In den Debatten der letzten Monate wurden zwei große Zielgruppen herausgearbeitet, auf die sich unsere Kampagne stützt.

1.) Die erste Zielgruppe stellen sozial benachteiligte Jugendliche aus marginalisierten Stadtteilen dar. Betroffen von einer Vielzahl der Mechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung, muss diese Gruppe eigentlich genuin unser Hauptaugenmerk erhalten. Leider sind aus dieser Zielgruppe sehr wenige Aktive in unseren Strukturen repräsentiert, was nicht zuletzt auf die Schwierigkeit der Ansprache von unserer Seite zurückzuführen ist. Das wollen wir ändern.

2.) Die zweite Zielgruppe stellt sehr klassisch unsere Klientel dar. Jugendliche aus gymnasialem Umfeld, mit starker Affinität zu Partizipation und demokratischer Teilhabe. Aus dieser Gruppe speist sich der überwiegende Teil unserer Aktiven und die Ansprache fällt uns dementsprechend eher leicht.

Innerhalb beider Gruppen soll ein besonderer Fokus auf jungen Frauen sowie auf Migrant_innen liegen. Gruppen, die wir weder richtig schaffen anzusprechen noch nachhaltig in unsere Strukturen einzubinden. Hieran wollen wir arbeiten, dafür braucht es kreative Ideen für eine attraktivere Ansprache.

Natürlich sprechen viele unserer Inhalte radikale Linke an, und die politische und strukturelle Nähe führt auch zu einer generelleren Solidarisierung mit uns. Hier ist vor allem unsere Aufgabe, diese auch zur Wahl der LINKEN zu bewegen.

4. Wie wir das wollen - Strategien

Ein wichtiges Element dieser Kampagne stellt die Stärkung unserer Strukturen dar. Aktive und vor Ort präsente Gruppen sind der entscheidende Erfolgsfaktor einer Kampagne. Wir wollen bestehende Gruppen unterstützen und befähigen, Aktionen zu planen und durchzuführen und nachhaltig politisch zu arbeiten. Hierfür läuft seit Anfang 2013 die „Basisgruppen-Offensive“ im Verband, durch die in vielen Städten in ganz Deutschland Basisgruppenseminare stattfinden sollen. Teamer_innen von überall führen die Seminare mit einer oder mehreren örtlich zusammengefassten Gruppen durch und geben das Handwerkszeug für

erfolgreiche Aktionen und Arbeit in Gruppen mit auf den Weg. Ebenso haben wir bereits zwei bundesweite Neumitgliedertreffen durchgeführt und nach dem Wahlkampf sollen diese weiter stattfinden, um die in der Kampagne neu gewonnene Mitglieder dauerhaft in den Verband einzubinden.

Wir wollen grundsätzlich eine Mitmachkampagne, nach innen wie nach außen. Nach innen bedeutet das für die Basisgruppen und Landesverbände so viel Autonomie wie möglich in ihrer Themen- und Aktionswahl, ohne dass der Charakter einer gemeinsamen bundesweiten Jugend-Wahlkampfkampagne verloren geht. Das Kampagnenmagazin, bundesweit erstellte Materialien, sowie strukturelle Angebote und finanzielle Hilfeleistung von Bundesebene sollen dabei helfen, dass die Basisgruppen vor Ort diesen Spielraum nach Belieben nutzen können.

Nach außen bedeutet das, dass wir die Probleme der jungen Menschen verstehen wollen und nicht als allwissende Politagitor_innen auftreten. Wir verkünden keinen Forderungskatalog, zeigen aber dass wir neue Ideen und Lösungsvorschläge anbieten können.

Neben der größtmöglichen Offenheit der Kampagne für eigene Gestaltung durch unsere Strukturen, wollen wir uns auf ein paar inhaltliche Schwerpunkte auf Bundesebene festlegen, zu denen wir zielgruppenorientiert Material produzieren. Dafür wollen wir, dass sich möglichst viele Landesverbände und Basisgruppen in der Kampagne wiederfinden und ihre Schwerpunkte einbringen können. Der innerverbandliche Diskussionsprozess, der seit Sommer 2012 in Gang ist, stellt die Grundlage der Anträge zur Kampagne dar.

Neben der klassischen Kampagnenmethodik – wie Aktionen, Bustouren, Materialschlachten, Internetkampagnen etc – wollen wir mit einzelnen provokanten Forderungen versuchen Öffentlichkeit zu erzeugen. Die verstärkte politische Öffentlichkeit und unsere Position als Jugendverband der LINKEn liefern eine gute Grundlage für diese Art der Intervention.

5. Was wir machen - Mittel

Jetzt schon auf die Straße

Wir wollen möglichst früh mit unserer Kampagne anfangen. Wir wollen nicht einen Monat vor dem Wahltermin mit Luftballons an Ständen rumstehen, sondern möglichst bald auf der Straße sichtbar werden und anfangen, Leute zu organisieren. In dem Zuge sollten z.B. Blockupy (31. Mai bis 1. Juni in Frankfurt) und die Großdemo von Umfairteilen (am 8. September in Berlin) Meilensteine sein.

it's the internet, stupid! - Internetwahlkampf

Warum das Internet ein wichtiges Medium zur Ansprache unserer Zielgruppen und zur Übermittlung von Informationen zu unserer Kampagne und unseren Inhalten ist, braucht nicht weiter erklärt zu werden. Neben der intensiven Nutzung klassischer Mittel wie unserer Homepage und Social Media wollen wir auch bisher ungenutzte Möglichkeiten austesten. So prüfen wir die Konditionen für gezielte Platzierungen von Posts auf facebook.

Auch wollen wir mit Videos von Aktionen arbeiten, die auf der Kampagnenseite immer aktualisiert werden und dadurch einen sehr dynamischen Eindruck der Kampagne geben können. Eine Überlegung ist die Bereitstellung eines Eröffnungstrailers im grafischen Stil der Gesamtkampagne, der dann für alle Aktions- wie auch Mobivideos genutzt werden kann.

Zudem kann es unter Anderem einen Live-Chat zu unseren Themen geben, der auf der Homepage angeboten wird. Auch ein Livestream auf Events oder in der 72-Stunden-Phase ist in Planung.

Derzeit ist eine neue Bundeshomepage in Arbeit. Diese wird um einiges moderner und auch technisch aufgefeilter sein, sodass wir viele neue Möglichkeiten der Nutzung haben werden. So kann z.B. Material direkt auf der Seite bestellt, Videos und Streams können einfacher eingebunden, eine Kommentarfunktion und RSS-Feeds könne eingebaut werden.

All diese Mittel wollen wir auch in der Kampagne nutzen.

Sex, Drugs and Rock'n'Wahlkampf - Festivaltour

Auf Festivals sind jährlich ca. 41 Millionen Menschen –meist Jugendliche – versammelt, um zu feiern und den Sommer zu genießen. Niemand ist im Alltagsstress und viele Festivalbesucher_innen haben Lust, sich auch mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Der Rahmen ist perfekt um auf unsere Inhalte aufmerksam zu machen und durch intensive Gespräche neue Interessierte zu gewinnen. Zudem lassen sich dort viele Jugendliche mit kleinen Gadgets niedrigschwellig ansprechen.

Einige Landesverbände planen in ihren Wahlkampftouren schon Infostände auf Festivals ein. Für alle anderen werden wir die notwendigen Ressourcen für unsere Aktiven bereitstellen, um bei Bedarf Infostände durchzuführen. Hierfür im Rahmen der Wahlkampf-AG ein Leitfadens für Infostand-Betreuung erarbeitet.

good old Straßenwahlkampf

Altbewährt und immer wieder wirkungsvoll: Aktionen vor Ort. Vom Infostand bis zum Straßentheater, die Palette ist breit und bietet viel Raum für die Gruppen, sich auszuleben. Material und Aktionsanleitungen werden von Bundesebene gestellt, auch die Landesverbände können Unterstützung bei den Aktionen leisten.

Neu hierbei ist, dass wir Layout-Vorlagen für die Entwicklung eigenen Materials zu eigenen Themen bereitstellen wollen, damit die Gruppen und Landesverbände auch über die thematische Schwerpunktsetzung der Bundesebene hinaus aktiv werden können. Alle Themen sollen sich in den vielfältigen Aktionen wiederfinden können.

es wird heiß: 72h-Touren

Die intensivste Zeit des Wahlkampfes bilden die 72 Stunden direkt vor der Wahl. Laut einer Umfrage entscheiden 19% der Wähler_innen erst in der Woche vor der Wahl und 12% am Wahltag selbst, wo sie ihr Kreuz setzen. So absurd uns das erscheinen mag, so sollten wir die heiße Phase nutzen, Infostände und Aktionen in dieser Zeit durchzuführen. Beliebt sind Nacht-Infostände vor Diskotheken (Freitag- & Samstagabend), an denen viele Jugendliche angesprochen werden können.

Oft gibt es (Bus-)Touren, durch die in kurzer Zeit mehrere Orte erreicht werden können. Auch hier wird es Unterstützung von Bundes- und Landesebene geben.

the new thing: Kampagnenmagazin

Eine neue Idee in dieser Kampagne ist die Produktion eines Kampagnenmagazins. Mit ca 80 Seiten Umfang und in Hochglanz-Qualität soll ein Material- und Themensammlung für unsere Aktiven, Kampagneninteressierte und Sympathisant_innen geschaffen werden, mit dem wir einerseits informieren und andererseits auch aktivieren wollen.

Hier werden neben allgemeinen Texten zur Kampagne auch unsere Hauptthemen

eingeführt und vorgestellt. Auch Aktionsideen und –beschreibungen, Vorstellungsseiten für die Landesverbände, Werbeblöcke für Veranstaltungen (SoCa, Verbandswochenende etc), Terminliste und Materialvorstellung sollen hierin Platz finden. Das Material soll über die gesamte Zeit der Kampagne und darüber hinaus nutzbar sein.

6. Wie es weiter geht - Events

Kreativtreffen

Auf einem bundesweiten Kreativtreffen nach dem Bundeskongress sollen Ideen für Layout, Materialien, Slogans, Gadgets etc. der Kampagne gesammelt und ausgearbeitet werden.

Kampagnen- & Verbandswochenende 21.-23.06.2013

Das Verbandswochenende bietet neben den Treffen der BAKs und AGs auch eine Plattform zur Planung des Wahlkampfes. Parallel zur Studierendenkonferenz der Bundestagsfraktion wird das Wochenende gemeinsam mit den Genoss_innen des SDS durchgeführt und stellt eine weitere Etappe der Kampagne dar.

Sommercamp 29.7.-4.8.2013

Als alljährliches bundesweites Sommerevent mit viel Raum für politische Bildung, Diskussionen und eventuell auch gemeinsamen Aktionen stellt das Sommercamp einen schönen Startschuss in die heiße Phase der Kampagne dar.

A2 Schwerpunktthemen der Jugendkampagne 2013

Für die Jugendwahlkampfkampagne 2013 des Jugendverbandes werden Schwerpunktthemen festgelegt, zu denen Positionen und Materialien erarbeitet werden sollen. Der Bundesverband wird zu diesen Themen schwerpunktmäßig arbeiten.

Dennoch können auch andere Themen eingebracht werden, zu denen gearbeitet wird. Der Bundesverband stellt die Möglichkeiten bereit um Gruppen und Landesverbände zu ihren Themen aktiv werden zu lassen, beispielsweise durch Flyervorlagen zur selbstständigen Bestückung mit Inhalten. Dadurch sind weitere Anträge zu kleineren gewünschten Themen für die Kampagne nicht nötig, da die Bearbeitung trotzdem möglich sein wird.

Der Bundeskongress legt die Anzahl der Schwerpunktthemen auf:

- 3 Themen

Die Entscheidung darüber, welche Themen gesetzt werden, wird anhand der vorliegenden Anträge für die Schwerpunktthemen getroffen.

A3 Antrag zu den Wahlkampfthemen: Jung. Perspektivlos. Alternativlos?

Jung. Perspektivlos. Alternativlos?

Die letzten Überbleibsel des Europäischen Sozialstaatsmodells sind im Zuge der ökonomischen Krise in Europa auf der Abschussliste. Es geht vor allem darum, Arbeits- und Sozialstandards zu senken, um im Sinne der besseren "Wettbewerbsfähigkeit" Lohnkosten zu drücken. In der Konstellation konkurrierender Wettbewerbsstaaten sollen die Konzerne im eigenen Land die besten Standortbedingungen vorfinden, um möglichst billig produzieren zu können. Für soziale und andere (Wohlfahrts-)staatliche Dienstleistungen bleibt dabei immer weniger Geld.

Im Süden Europas ist es die Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF), die mit brutalen Sparprogrammen Armut und Arbeitslosigkeit immer höher treibt und dabei die gleiche "Wachstumsstrategie" verfolgt, wie sie in Deutschland schon vor 10 Jahren mit den Hartz-Gesetzen geschaffen wurde.

Insbesondere junge Menschen sind von dieser neoliberalen Politik betroffen. In Griechenland und Spanien steigt z.B. die Jugendarbeitslosigkeit weit über 50 Prozent. Zusätzlich gibt es immer größere Hürden für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Eine ganze Generation verliert die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Während aber im Süden Europas Millionen Menschen gegen diese Politik demonstrieren, ist die Stimmung in Deutschland zurückhaltender. Die herrschende Politik und einflussreiche Medien zeichnen das Bild von Deutschland dem "Krisengewinner" und greifen auf rassistische und rechtspopulistische Parolen zurück, wenn es darum geht, die Europäische Krisenpolitik zu verteidigen. "Die Krise" wird in Deutschland selbst anders wahrgenommen als im Süden Europas. Die "marktkonforme" Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen vollzog sich in Deutschland langsamer. Unzufriedenheit zeigt sich auch deshalb eher in Resignation. Oft wird die Verantwortung für die eigene prekäre Situation nur bei sich selbst gesucht, teilweise auch auf rassistische Feindbilder projiziert.

Dennoch gibt es mit den antikapitalistischen Blockupy-Protesten und auch mit den Forderungen des UmFAIRteilen Bündnisses vor der Bundestagswahl große politische Mobilisierung von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der radikalen Linken, die den Raum schaffen für ein kritisches Krisenbewusstsein. Denn auch in Deutschland liegt die offizielle Jugendarbeitslosigkeit mit 5 - 15 Prozent (je nach Bundesland) auf einem hohen Niveau. Viele junge Menschen unabhängig von der sozialen Schicht und dem erreichten Bildungsniveau finden sich zunehmend in prekären Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen wieder. Das trifft vor allem auf unsere Zielgruppen zu.

Wie erfährt unsere Generation die Krise?

Konkurrenz und Leistungsdruck treffen in besonderem Maße unsere Generation. Prekarisierung ist weit mehr als ein provokantes Schlagwort, sondern beschreibt zutreffend die Realität vieler junger Menschen auf dem heutigen Arbeitsmarkt. Während die Generation unserer Eltern auf eine recht stabile Berufsbiografie zurückblicken kann, ist die Berufswelt der jüngeren Menschen zu einem erheblichen Teil durch prekäre Arbeit und unsichere Zukunftsperspektiven geprägt: Befristeten

Arbeitsverträge, Leiharbeit, ungewollte Teilzeitarbeit oder – oftmals unbezahlte – Praktika gehören längst zum Berufseinstieg und Berufsalltag.

Immer mehr junge Menschen finden sich nach der Ausbildung oder dem Schul- oder Hochschulabschluss in einer misslichen Situation wieder: Unter dem fadenscheinigen Vorwand der fehlenden Berufserfahrung wird ihnen kein unbefristeter Arbeitsplatz zu Verfügung gestellt. In der Hoffnung, später übernommen zu werden, sehen sich viele gezwungen, prekäre Arbeit anzunehmen. Diese Hoffnung entpuppt sich in vielen Fällen als Illusion. Ein befristeter Arbeitsvertrag oder ein unbezahltes Praktikum folgt dem nächsten. Dabei spielt es keine Rolle, was für einen Schul- oder Hochschulabschluss ein Mensch hat - prekäre Arbeitsverhältnisse sind mittlerweile in fast allen Bereichen beruflicher Alltag.

Mittlerweile sind mehr als die Hälfte der unter 24-jährigen und fast jeder dritte der unter 35-jährigen Erwerbstätigen befristet oder in Leiharbeit beschäftigt oder gehen einer ABM/SAM-Maßnahme nach!

Prekäre Arbeit ist auf dem besten Weg "unser" neues Normalarbeitsverhältnis zu werden.

Gerade mit Perspektiven nach einer Berufsausbildung sieht es schlecht aus. Übernahme nach der Ausbildung ist eher die Ausnahme als die Regel. Nach dem aktuellen Ausbildungsreport der DGB-Jugend weiß lediglich ein Viertel der Azubis, dass sie nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung in ihrem Betrieb weiterarbeiten können. Die meisten, fast zwei Drittel, wissen nicht, was nach den drei Jahren ansteht - viele von ihnen werden sich einen neuen Betrieb suchen, sich mit Hartz IV oder prekären, befristeten Jobs abfinden müssen.

Dann befinden sich viele junge Menschen wieder in einer Situation, in der die Zukunft unklar ist, in der keine langfristigen Pläne gemacht, kein eigenständiges Leben aufgebaut werden kann. Diese besteht auch für all diejenigen, die erst gar keinen Ausbildungsplatz ergattern. Gerade einmal ein Viertel aller Unternehmen, ein Drittel aller so genannten "ausbildungsfähigen" Unternehmen bildet aus. Gleichzeitig über Fachkräftemangel zu klagen, ist blanker Hohn.

Wir fordern: Gute Ausbildung, gute Arbeit, gutes Leben!

Die oben genannten Zustände sind für junge Menschen und uns als linken Jugendverband unerträglich. Wir wollen, dass ein gutes Leben für jeden Menschen nach seiner eigenen subjektiven Auffassung ermöglicht wird. Es ist daher auch unbedingt nötig, dass wir für gerechte und qualitativ hochwertige Arbeits- und Arbeitsverhältnisse kämpfen, die nicht der kapitalistischen Marktlogik unterworfen sind.

Zu unseren Forderungen, die wir im Jugendwahlkampf zum Ausdruck bringen wollen, gehören:

1. Gerechtere Verteilung von Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung

Wir fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Denn ein gutes Leben führen bedeutet Zeit für andere Beschäftigungen als den Lohnerwerb zu haben. Wir widersprechen dem neoliberalen Zeitgeist, dass Selbsterfüllung nur im Beruf zu finden ist, sondern fordern Zeit für Freunde, Familie, Sport, Kultur und Muße. Es ist außerdem eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die Arbeitszeit anzupassen. Denn eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet auch eine Vermehrung der Vollzeitstellen und somit zu einem breiteren Zugang zum Arbeitsmarkt, von dem viele Erwerbslose profitieren könnten. Die radikale Verkürzung der Arbeitszeit ist ein wirkungsvolles Instrument, die kapitalistische Umverteilung zwischen Kapitaleigner

und Lohnarbeiter zumindest ein wenig abzuschwächen. Nicht zuletzt ermöglicht eine Arbeitszeitverkürzung auch eine gerechtere Verteilung von Arbeit verbunden mit der Perspektive, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

2. Gerechte Löhne und Ausbildungsvergütungen

Um gleichberechtigt an der Gesellschaft teilnehmen zu können, sind materielle Ressourcen erforderlich. Nur angemessene Löhne können dies ermöglichen. Daher fordern wir flächendeckende Mindestlöhne und gedeckelte Spitzeneinkommen. Jeder Mensch muss von seinem Einkommen leben können, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Konzepte, die Mindestbedarf am Existenzminimum bemessen, lehnen wir ab. Leben bedeutet materiell so versorgt zu sein, dass eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft möglich ist.

3. Ausbildung und Übernahme für alle

Alle Jugendlichen, die eine Ausbildung machen wollen, sollen eine Garantie auf einen wohnortnahen und vollwertigen Ausbildungsplatz in der gewünschten Fachrichtung bekommen. Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen in einen Fonds einzahlen, der denjenigen zugute kommt, die ihrer gesellschaftlichen Pflicht nachkommen.

Damit junge Erwachsene nach der Ausbildung ein eigenständiges Leben ohne Zukunftsangst aufbauen können, fordern wir zudem die unbefristete gesetzliche Übernahme aller Azubis nach der Ausbildung.

4. Qualitativ hochwertige Ausbildung

Zu einem guten Leben und einer guten Arbeit gehört auch eine Ausbildung, die ihren Namen verdient. Azubis sind im Betrieb, um nach Plan etwas zu lernen, nicht, um als billige Kräfte ausgebeutet zu werden. Dennoch sind ausbildungsfremde Tätigkeiten, schlechte Betreuung und Anleitung sowie Überstunden an der Tagesordnung. Wir sagen: Damit muss Schluss sein. Wir fordern eine bessere pädagogische Ausbildung und Qualitätskontrolle von Ausbilder_innen sowie der Einhaltung des Ausbildungsrahmenplans. Der Jugendarbeitsschutz muss gestärkt und weiter ausgebaut werden. Zudem sollten Überstunden nicht nur bei Minderjährigen, sondern bei allen Azubis generell verboten sein.

5. Orientierungsjahr für alle

Wir fordern die gesetzliche Einführung eines Orientierungsjahres mit finanzieller Unterstützung der Berufs- bzw. Studien- oder Arbeitsplatzsuchenden. Viele Schüler_Innen, Student_Innen und Auszubildende sind sich oft nicht im Klaren, welchen Beruf sie eigentlich ausüben wollen. Die gesetzliche Einführung eines Orientierungsjahres, welches bis zum Erreichen des 35. Lebensjahres geltend gemacht werden kann, soll es Jugendlichen ermöglichen den Schritt in ein eigenständiges Leben ohne Zwänge zu meistern. Es soll ihnen ermöglichen, eigenen Wünsche und Möglichkeiten abzuwägen und diese für sich selbst zu formulieren. Dazu ist eine sanktionsfreie finanzielle Unterstützung von mindestens **750 (900?)** Euro pro Monat zu gewähren, um erste Erfahrungen und Schritte bei finanzieller Unabhängigkeit zu ermöglichen.

Das Orientierungsjahr ist dabei frei gestaltbar. Die Arbeitsagentur unterstützt die Jugendlichen bei ihrer Ausbildungs- Studienplatzwahl, indem sie unverbindliche Praktika und Gasthörer_innen Angebote an die Jugendlichen weiterleiten.

A4 Still <3 ing the F-Word – Feminism

Dass Frauen in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt sind, ist keine sonderlich neue Erkenntnis. Immer noch wird typische "Frauenarbeit" ("Frauenberufe", wie Pflege, sozialer Bereich etc., oder Reproduktionsarbeit also Haushalt, Kindererziehung etc.) schlechter oder gar nicht bezahlt und damit auch weniger gesellschaftlich honoriert. Bei Worten wie Frauenquote, Gender&Diversity oder gar Feminismus erschallt sofort ein gesellschaftlicher Aufschrei. Solche Dinge seien überhohlt. Ganz nebenbei wird suggeriert, dass unsere Gesellschaft schon so aufgeklärt sei, schon so tief im Post-Gender-Zeitalter verwurzelt ist, dass solche Nebensächlichkeiten, wie die Kategorie Geschlecht kaum mehr Relevanz besitze. Und wenn Frauen immer noch diskriminiert werden, dann sei das heute sicher ihre Schuld.

Wir sehen das deutlich anders. Wir sind uns bewusst, dass die Gesellschaft in der wir leben Frauen strukturell diskriminiert.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Schröder tritt die Ideale der feministischen Bewegung mit Füßen. Stattdessen möchte sie mit der Herdprämie Frauen wieder dazu begeistern, Hausfrau und Mutter zu sein. Ganz nebenbei sieht sie sowieso Jungen in einer viel prekäreren Situation als Mädchen und möchte die Jungenförderung verstärken, da diese vernachlässigt worden sei.

Wir wollen im Zuge des Jugendwahlkampfs gegen diese Zustände angehen. Deshalb wollen wir, dass Feminismus ein Schwerpunktthema des Jugendwahlkampfs wird. Hierbei wollen wir vor allem Mädchen und junge Frauen ansprechen. Gleichzeitig ist es uns aber auch wichtig jungen Männern Perspektiven eines emanzipierten Zusammenlebens aufzuzeigen. Dafür soll der Bundesverband geeignetes Wahlkampfmaterial zum Thema erstellen (thematische Faltblätter, um Inhalte leicht zu transportieren, Flyer, Aufkleber, Plakate, Give-Aways) und es allen Landesverbänden in geeigneter Anzahl zur Verfügung stellen.

Der Themenschwerpunkt Feminismus sollte sich hierbei in 3 größere Unterthemen gliedern:

1. Soziale Benachteiligung von Frauen

Die Frauenbewegungen der letzten Jahrzehnte haben auf dem juristischen Feld Fortschritte erzielen können. Frauen können ohne Unterschrift ihres Mannes einen Beruf wählen. Frauenlohngruppen wurden abgeschafft. Diese erkämpften Rechte scheinen hier und heute selbstverständlich zu sein. Aber auch im scheinbar fortschrittlichen Deutschland gibt es trotz formaler Gleichheit eine strukturelle Benachteiligung der Frau, die sich z.B. in Form von niedrigeren Löhnen zeigt. Frauen verdienen laut statistischem Bundesamt 22 Prozent weniger als Männer.

"Frauenberufe", Teilzeitarbeit, unterbrochene Karrieren sind Faktoren dafür. Im Niedriglohnsektor arbeiten zu 70% Frauen. Aber auch im gleichen Beruf verdienen

Frauen rund 12 Prozent weniger als Männer. Nahezu jede zweite alleinerziehende Mutter in Deutschland bekommt Hartz IV. Durch das Profitstreben des Kapitalismus werden Löhne gesenkt, staatliche Leistungen auf die Familie abgewälzt und der überwiegende Teil unbezahlter Haus- und Pflegearbeit Frauen aufgezwingen. In Anlehnung an den Sticker von Linke.SDS produzieren wir Materialien, die den Gender-Pay-Gap zum Thema machen. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Kampf für höhere Löhne besonders in schlecht bezahlten Berufen, Kampf für Tarifverträge statt individuellen Gehaltsverhandlungen sind Strategien und Forderungen, die wir zur Diskussion stellen.

Frauen tragen immer noch den größten Teil der Erziehungs- und Pflegearbeit (Frauen in Deutschland arbeiten pro Tag 100 unbezahlte Minuten mehr im Haushalt als Männer). Neben der "gläsernen Decke" in Uni und Berufen, die Frauen von Karrieren ausschließt, sind insbesondere Frauen dadurch zusätzlich benachteiligt. Zu wenig KITA-Plätze und Pflegeeinrichtungen führen dazu, dass die Belastung durch diese Arbeit weiter steigt. Wir sagen Nein zur Belastung durch Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit. Für flächendeckende kostenlose KITA-Plätze und Pflegeeinrichtungen. Bezüge lassen sich auch zu der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung herstellen.

2. My Body? My Choice!

Ein weiterer Punkt, den wir für relevant halten, ist eine verbesserte Sexualpolitik. Nicht erst die Vorfälle in einem christlichen Krankenhaus, in dem einer von Vergewaltigung betroffene Frau die Pille danach verweigert wurde, zeigen welche repressiven Zustände herrschen, wenn es um die Selbstbestimmung über den eigenen Körper geht.

Wir wollen jungen Menschen, und vor allem jungen Frauen verdeutlichen, dass niemand, nicht die Eltern, nicht ihr Freund und schon gar nicht der Papst, über ihren Körper bestimmen dürfen sollte.

Deshalb wollen wir unter diesem Punkt konkrete sexualpolitische Forderungen stellen. Wir wollen die ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 (Paragraph zu Schwangerschaftsabbruch) und daraus resultierend eine vollständige Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Zusätzlich fordern wir eine freiwillige medizinische und psychologische Beratung, die allerdings von unabhängigen Stellen (Ärzt*innen, Psycholog*innen) und nicht von Kirchenmitarbeiter*innen angeboten werden soll. Weiterhin fordern wir den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln sowie der Pille danach.

3. Gegen sexistische Rollenbilder und sexualisierte Gewalt

Weibliche Körper werden in Werbung und Medien idealisiert, sexualisiert und als käuflich dargestellt. Die "Warenform der Frau" findet seinen traurigen Höhepunkt in Menschenhandel und Zwangsprostitution (Die UN schätzt die Zahl der weiblichen Zwangsprostituierten in Europa auf 500.000). Das alles ist Ausdruck von einer gesellschaftlich tief verwurzelten Diskriminierung der Frau, die der Nährboden ist, auf dem Gewalt gegen Frauen überhaupt erst gedeihen kann. Um dem ein Ende zu setzen, müssen wir die Unterdrückung von Frauen und ihre gesellschaftlichen Ursachen konsequent bekämpfen.

Im Regelfall wird die Definitionsmacht der Betroffenen bei juristischen Verfahren in Frage gestellt und verhandelt, ob es sich wirklich um sexualisierte Gewalt gehandelt hat. Wir fordern die Abschaffung von erniedrigenden Verfahren gegenüber Betroffenen und die Einführung von alternativen Verfahrensformen. Zur Stärkung des

Bewusstseins in der Breite der Gesellschaft sollen Konzepte wie Grenzverletzung, Definitionsmacht und Zustimmungskonzept in die Diskussion eingebracht werden. Gewalt gegen Frauen ist komplex und hat viele Ursachen. Die unglaubliche Anzahl der Fälle (jede dritte Frau weltweit ist Opfer von Gewalt) zeigt aber, dass es ein gesellschaftliches Phänomen ist und gesellschaftliche Ursachen hat. Mit dem Kampf gegen Benachteiligung von Frauen, Selbstorganisation von Frauen und Protest gegen sexistische Rollenbilder kann Gewalt gegen Frauen zurückgedrängt werden. Der Bundesverband wird beauftragt, Materialien zu erstellen, in denen sexistische Frauendarstellung in Werbung und Medien thematisiert wird. Aktionen wie Adbusting, Graffiti-Guerilla, die Festivaltour oder die bundesweite Demonstration gegen Sexismus in der Werbung am 1. September sollen ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein.

4. Binäre Geschlechtervorstellung und Heteronormativität überwinden

Neben dem Kampf gegen tief in der Gesellschaft verwurzelte Vorstellungen von Geschlechterrollen muss zudem eine zentrale Forderung auch die Überwindungen von traditionellen Beziehungskonzepten sein. Dabei muss der Stellenwert der heterosexuellen Ehe als staatlich gefördertes Konzept dekonstruiert und überwunden werden. Darüberhinaus muss Heteronormativität in Gesellschaft, Politik und Medien grundlegend hinterfragt und bekämpft werden. Die Akzeptanz jeder Form von auf Gegenseitigkeit und Einvernehmlichkeit beruhenden Beziehung ist von elementarer Bedeutung für die freie Entfaltung aller Menschen.

Darüberhinaus ist die Vorstellung rein binärer Geschlechter ein längst überholtes Konzept, das ergänzt werden muss um Ansätze der Queer Theorie, wie unter anderem Trans- und Intersexualität. Der Zuordnungszwang in ein mit bestimmten gesellschaftlichen Erwartungen verknüpft Geschlecht ist nicht nur einschränkend und übergriffig, sondern vernachlässigt auch die freie (sexuelle) Entfaltung und Definitionshoheit einer*s jeden.

Um dies voranzutreiben muss auch bei der sexuellen Aufklärung Wert darauf gelegt werden diese zu ergänzen um vielfältige Formen von Sexualität, die gleichberechtigt neben traditionellen Vorstellungen bestehen.

Aktiv werden!

Der #Aufschrei sollte nicht vereinzelt und virtuell bleiben. Es wird Zeit für eine neue frauenpolitische Bewegung. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, sie aufzubauen.

A6 Wohnungspolitik in Jugendkampagne

Die Linksjugend [solid] erarbeitet auf Grundlage der Positionierung aus dem Beschluss "Wohnung gesucht! Ein Programm für die ersten eigenen vier Wände!" (falls dieser Antrag angenommen wird) ein Konzept für den Jugendwahlkampf, in dem dieser Themenbereich den Hauptschwerpunkt darstellt. Daneben sind weitere thematische Schwerpunkte möglich.

A23 Wohnung gesucht! Ein Programm für die ersten eigenen vier Wände!

Die erste eigene Wohnung ist ein besonderer Moment im Leben: Endlich Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Der kapitalistische Wahnsinn sorgt dafür, dass die Suche zum Albtraum, die Wohnung zum Luxusgut oder das Ausziehen einfach verwehrt wird. Linksjugend [solid] kämpft dafür, dass erschwinglicher Wohnraum für Alle zur Verfügung steht.

Spekulation mit Wohnraum

Die Wohnung ist im Kapitalismus eine Ware. Sie ist aber auch keine Ware wie jede andere. Wohnungen sind nicht beweglich und beliebig reproduzierbar. In manchen Lagen wie Innen- und Unistädten wird die Ware Wohnung weiter verkauft, obwohl ihre Baukosten schon längst bezahlt sind. Das bringt dem Besitzer des Hauses einen ordentlichen Profit.

Wohnungen werden zur Zeit nicht nach den Bedürfnissen der Menschen sondern nach dem Profitinteresse gebaut. Es gibt viele leerstehende Luxuswohnungen und weitere werden gebaut, obwohl es an billigem Wohnraum mangelt. Gerade in der Eurokrise wird mit „Betongold“ spekuliert und flüchten Gelder in die „sichere“ Anlagemöglichkeit. Privatisierung von Wohnraum wird vorangetrieben zu Lasten der Mieterinnen und Mieter.

Jugendlichen fehlen Wohnungen

Die Suche nach der eigenen Wohnung kann zum Alptraum werden. Das deutsche Studentenwerk fordert 25.000 zusätzliche Wohnheimplätze für Studierende. Zur Zeit werden Studienanfängerinnen und -anfänger in Kasernen und Turnhallen untergebracht. Steigende Mieten werden zur finanziellen Gefahr für junge Menschen, die den Auszug wagen. Täglich gibt es Zwangsräumungen von Wohnungen. Im Wettbewerb um Wohnungen unterliegen Jugendliche, die kein Einkommen haben. Es sind mehr preiswerte Wohnungen nötig.

Erwerbslosen Jugendlichen unter 25 wird vom Job-Center das Ausziehen verweigert. Hartz IV hat den Stallzwang für Jugendliche eingeführt und verwehrt ihnen das Recht auf Selbstbestimmung. Hartz IV muss abgeschafft und Wohnkosten von Jugendlichen übernommen werden, die die Schulpflicht absolviert haben und ausziehen möchten.

Reformen gegen Mieterinnen und Mieter

2001 wurde von der rot-grünen Regierung die Kostenmiete für Sozialwohnungen abgeschafft. 2006 wurde im Zuge der Föderalismus-Reform die Wohnungsförderung den Ländern übertragen. Die Länder, die finanziell ausbluten, können selber über die Miethöhe bestimmen. Sozialwohnungen sind nicht mehr sozial. Wären die Privatisierungen gestoppt worden und die Fördermittel für Sozialwohnungen in städtischen Wohnungsbau geflossen, gäbe es heute kein Wohnungs- und Mietproblem.

Das geltende Mietrecht ist geltendes Unrecht. Alle drei Jahre dürfen die Mieten um 20 Prozent erhöht werden. Der Mietspiegel berücksichtigt nur Mieten, die in den letzten vier Jahren erhöht wurden. Bei Wiedervermietung ist eine Miete erst dann unangemessen, wenn sie mehr als 20 Prozent über dem Mietspiegel liegt. Die tatsächliche Quadratmeterzahl darf bis zu zehn Prozent niedriger sein, als im Mietvertrag angegeben. Bei Modernisierungen darf der Vermieter elf Prozent der Modernisierungskosten auf die jährliche Miete draufschlagen. Jetzt wird das Mietrecht weiter zu Ungunsten der MieterInnen verschlechtert. Mietminderungsrechte werden eingeschränkt, Kündigungen durch den Vermieter erleichtert.

Mietkosten explodieren

Die Mieten sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Wohnungen werden über den „freien Markt“ vermietet. Danach richtet sich auch der Preis. Auch staatliche Wohnungsbaugesellschaften stopfen mit hohen Mieten die öffentlichen Haushaltslöcher. Gleichzeitig gibt es bei den Nebenkosten die zweite Abzocke. Teilweise rechnen Vermieter über eigene Tochterfirmen ab. Andererseits steigen durch Privatisierung auch die Energie- und Wasserpreise. Teilweise gibt es gefälschte Rechnungen. Laut Angaben des Mieterbunds ist jede zweite Nebenkostenabrechnung falsch.

Nein zu Gentryfizierung! Für schöne Viertel!

Gentryfizierung ist nicht die Schuld von Menschen die in andere Viertel oder Städte umziehen. Die Aufwertung und Umwandlung bestimmter Stadtviertel ist ein gewollter und durch Projekte, Gesetze und Stadtplanung geförderter Prozess. Die Verdrängung bisheriger Mieterinnen und Mieter aus ihren Vierteln muss gestoppt und die Kontrolle darüber, was vor unserer Haustür passiert in unsere Hände gelegt werden. Besetzte Häuser müssen an die übergehen, die darin wohnen. Wohnprojekte dürfen nicht gefährdet werden.

Für ein öffentliches Wohnungsbau-Sofortprogramm

Das alles zeigt: Der Markt ist unfähig, die Wohnungsfrage zu lösen. Neue Genossenschaften und Mietersyndikate können allenfalls einen kleinen Beitrag leisten. Notwendig ist ein staatliches Wohnungsbauprogramm. Mit einem 40-Milliarden-Euro-Programm müssten in einem ersten Schritt die 250.000 Wohnungen gebaut werden, die in den Städten fehlen. Viele Wohnungen könnten dabei durch Umbau beziehungsweise Umwandlung von leerstehenden Gewerberäumen entstehen. Ein anderer Teil müsste neu gebaut werden. Die Miete dieser Wohnungen darf nicht mehr als vier Euro Kaltmiete pro Quadratmeter betragen. Damit würde dringend benötigter Wohnraum für Jugendliche, GeringverdienerInnen und sozial Benachteiligte entstehen. Ein erhöhtes Angebot von günstigen Wohnungen hätte auch auf die Mietpreise insgesamt eine dämpfende Wirkung.

Sofortmaßnahmen gegen Wohnungsmangel und steigende Mieten

In Städten mit akuter Wohnungsnot und Unistädten muss unmittelbar der Bestand an leerstehenden Wohnungen, Hotels, Bürogebäuden, Fabriken und anderen Gewerberäumen festgestellt werden. Wohnungen, die aus Gründen der Spekulation, geplanten Abrisses und ähnlichen Gründen leer stehen, müssen konfisziert und sofort Wohnungssuchenden mit einer maximalen Kaltmiete von vier Euro pro Quadratmeter zur Verfügung gestellt werden.

- Legalisierung der Besetzung von Gebäuden, die aus spekulativen Gründen leerstehen.
- Ohne mehrheitliche Zustimmung der Betroffenen kein Abriss von Häusern, keine Modernisierung, keine Stadtsanierung.
- Sofortiger Mietpreisstopp. Schluss mit dem System von Vergleichsmieten und Mietspiegel.
- Sofortige Einführung einer reglementierten und kontrollierten Kostenmiete. Alle Vermieter müssen wie früher bei Sozialwohnungen eine Kostenaufstellung als Grundlage für die Miethöhe liefern.
- Schluss mit dem Verkauf von öffentlichen Wohnungen, bebauten Grundstücken und Bauland an private Investoren.
- Sofortige Streichung der circa zehn Milliarden Euro Altschulden der ostdeutschen kommunalen Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften bei den Privatbanken.

Für ein massives öffentliches Wohnungsbauprogramm

Der Mieterbund geht von 250.000 fehlenden Wohnungen in den Städten aus. Nur 60.000 bis 70.000 Mietwohnungen werden derzeit pro Jahr neu gebaut. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, dann fehlen in den Ballungszentren, Groß- und Universitätsstädten im Jahr 2017 825.000 Wohnungen.

- Sofortbauprogramm für 25.000 Wohnheimplätze für Studierende.
- Die 250.000 heute fehlenden Wohnungen müssen durch ein vom Bund finanziertes 40-Milliarden-Euro-Sofortprogramm gebaut werden.
- Diese Gelder müssen den Städten zur Verfügung gestellt und zur Schaffung von Wohnraum eingesetzt werden, bei demokratischer Beteiligung der MieterInnen, von Mieterbund und Mieterinitiativen. Die Mieten für diese stadteigenen Wohnungen dürfen nicht höher sein als vier Euro Kaltmiete pro Quadratmeter.
- Schaffung von ausreichend geschützten beziehungsweise betreuten Wohnungen und Wohnformen für Menschen in Krisensituationen, für Opfer von Gewalt und für Flüchtlinge.
- Ein staatlich finanziertes Sofortprogramm zur sinnvollen ganzheitlichen ökologisch-energetischen Sanierung sowie zum Einbau von Aufzügen, Umbau von barrierefreien Wohnhäusern, zu altengerechten Wohnungen und zum Einbau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.
- Spezielle Unterstützungsprogramme für den Bau von Mehrgenerationenhäusern sowie für Projekte für Wohn- und Hausgemeinschaften und anderen alternativen Wohn- und Lebensformen.
- Finanzierung über eine Besteuerung der Vermögensmillionäre und über hohe Erbschaftssteuern (bei einer Freigrenze von 500.000 Euro) auch beim Vererben von Häusern sowie Wegfall von Wucherzinsen durch die Verstaatlichung des Bankensektors.

Bauland, Immobilienkonzerne, Banken und Bausektor in Gemeineigentum

- Bauland gehört grundsätzlich in kommunales Eigentum. Dabei darf kein überhöhter Preis an die bisherigen Eigentümer gezahlt werden. Privates Bauland, das aus spekulativen Gründen brachliegt, muss enteignet werden. Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit. Beim Bau von Wohnungen durch Privatpersonen, Genossenschaften oder Mietersyndikate darf Bauland von den Kommunen nur in bezahlbarer Erbpacht vergeben werden.
- Schluss mit der Privatisierung öffentlicher Wohnungen. Wohnungsversorgung in öffentliche Hand.
- Immobilienspekulanten und Vermieter, die Mietwucher betreiben oder ihrer Instandhaltungspflicht nicht nachkommen, gehören enteignet.
- Überführung von Banken, Versicherungen und Bausparkassen in Gemeineigentum. Demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung. Dadurch können überschuldete MieterInnen und WohnungseigentümerInnen entschuldet werden und günstige Kredite für den Bau von Häusern vergeben werden.
- Baukonzerne und große Hersteller von Baumaterialien und Baumaschinen in öffentliches Eigentum überführen.

Mehr Mieterrechte statt weniger

- Rücknahme aller von der Merkel-Regierung beschlossenen Verschlechterungen des Mietrechts.
- Schluss mit Zwangsumzügen für Hartz-IV-EmpfängerInnen. Volle Übernahme der Mieten und Nebenkosten durch die Job-Center.
- Keine Zwangsräumung von MieterInnen und EigentümerInnen von selbstgenutztem Wohneigentum, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen ihre Bankkredite oder Mieten nicht mehr bezahlen können.
- Kautionen sind auf eine Kaltmiete zu begrenzen.
- Schönheitsreparaturen gehören zur Instandhaltungspflicht der Vermieter und sind durch die Miete bezahlt. Eine Umlegung auf die MieterInnen durch Mietverträge darf nicht länger zulässig sein.
- Abschaffung von Zweitwohnungssteuern, weil sie hauptsächlich Studierende, Azubis und BerufspendlerInnen treffen.
- Schaffung einer kommunalen Wohnungsvermittlung. Generelles Verbot von Maklerprovisionen.

Nebenkosten - keine zweite Miete

- Schluss mit der Abzocke bei den Nebenkosten.
- Rekommunalisierung von Energie-/Wasserversorgung sowie Müllabfuhr mit sozialen Tarifen. Sofortige Strom- und Energielieferung für alle circa 600.000 Haushalte, denen die Energiekonzerne wegen nicht bezahlter Energierechnungen die Leitungen abgeklemmt haben.
- Abschaffung der mietpreistreibenden Steuern und Abgaben (Grundsteuer, Mehrwertsteuer, EEG-Umlage, Haftungsumlage für Offshore-Windparks).
- Für Müllvermeidung und ein effizientes und kostengünstiges Abfallsystem.
- Verpflichtung der Vermieter, alle Belege über die Betriebskosten der Nebenkostenabrechnung beizulegen.

Linksjugend ['solid] unterstützt die Selbstorganisation von Mieterinnen und Mietern und beteiligt sich, wo möglich, an Mieterbündnissen und Initiativen gegen Gentryfizierung. Kollektive Gegenwehr bis hin zu Mieterhöhungsboykotten sind wichtige Maßnahmen des Widerstands. Wir wollen gemeinsam und demokratisch darüber entscheiden, wie unsere Häuser aussehen und betrieben werden, bestimmen was mit unseren Vierteln passiert.

A 15 Für eine Welt ohne Grenzen - Solidarität mit Flüchtlingen

Die Linksjugend ['solid] wird im Jahr 2014 Flüchtlingspolitik zu einem ihrer Schwerpunktthemen machen. Dazu wird im Herbst 2013 eine bundesweite antirassistische AG gegründet, die eigenständig thematische Schwerpunkte setzt, einen Aktionstag oder eine Aktionswoche ausarbeitet und Materialien zum Thema erstellt. Ziel der Arbeit in der AG ist es, Flüchtlingspolitik innerhalb des Verbandes wieder auf die Tagesordnung zu setzen, Menschen über die prekären und menschenverachtenden Bedingungen unter denen Flüchtlinge in Deutschland leben müssen, aufzuklären, diese zu skandalisieren und sich für die Rechte von Flüchtlingen einzusetzen. Insbesondere soll die Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen Flüchtlingen thematisiert und die Zusammenhänge von Fluchtursachen, Abschottungspolitik und Kapitalismus deutlich gemacht werden.

Die Linksjugend ['solid] wird sich an bundesweiten Aktionen für Flüchtlingsrechte beteiligen und diese unterstützen.

Die Linksjugend ['solid] unterstützt linke Kampagnen für Flüchtlingsrechte und solidarisiert mit Flüchtlingsprotesten wie bspw. die REFUGEES REVOLUTION BUSTOUR.

Die Linksjugend ['solid] fordert: Bleiberecht für Alle! Schließung aller Lager! Abschaffung der Residenzpflicht! Schluss mit dem europäischen Grenzregime!

A 14 Patriarchat auf die Fresse – Frauen* auf die Barrikaden! Frauen*kampftag

Die linksjugend [solid] ist ein feministischer Verband. Wir kämpfen für die Überwindung von Patriarchat, Heteronorm und Geschlecht und für die Gleichstellung aller Lebensweisen.

Wir knüpfen an frühere feministische Kämpfe um Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau* an, da deren Forderungen auch heute noch nicht erfüllt sind. Darum wollen wir die Idee des 8. März, nämlich die eines kämpferischen Frauen*tags, aufgreifen und weiterentwickeln. Wir wollen feministische Forderungen offensiv in die Öffentlichkeit tragen und die Politisierung und das Empowerment von Frauen* fördern.

Doch dies wollen wir nicht allein erreichen, sondern die Kräfte verschiedener feministischer und emanzipatorischer Organisationen, Gruppen und Aktivist*innen bündeln und so eine starke Bewegung gegen patriarchale Strukturen innerhalb der Gesellschaft initiieren.

Daher möchten wir ein breites Bündnis zur Etablierung jährlicher großer und kämpferischer Demonstrationen am 8. März, sowie dezentraler Aktionen rund um den Frauen*kampftag, aufbauen.

Um unsere feministischen Verbandspositionen in die Öffentlichkeit zu tragen, aber auch intern zu stärken, werden wir ansprechendes Material entwickeln und produzieren. Wir mobilisieren mit neuen Medien (inkl. Mobiclips, Blogger*innen-Szene, soziale Netzwerke etc.) und versuchen bekannte Persönlichkeiten für unser Bündnis zu gewinnen.

Am 25. und 26. Mai gründet sich eine AG aus dem Jugendverband und dielinke.SDS. Diese AG initiiert ein bundesweites Bündnis zur Organisation und Mobilisierung.

Der BundessprecherInnenrat unterstützt die AG und das Bündnis personell. Der BSpR stellt ausreichend Finanzmittel im Haushalt 2013 und 2014 und Ressourcen zur Verfügung.

Initiativantrag: lvi bleibt stabil und geht weiter!

Am Montag morgen stürmte gegen 6.30Uhr das SEK und Einheiten der hessischen Polizei das

Institut für vergleichende Irrelevanzen in Frankfurt-Bockenheim. Das Ivl wurde 2003 im Rahmen der Bildungsstreiks durch Student_innen der Uni Frankfurt besetzt. Das Ivl verstand sich von beginn an als Freiraum und offener Treff, auch für Nicht-Student_innen. Unter dem Motto "Theorie, Praxis, Party" diente das Institut für vergleichende Irrelevanzen jahrelang als Ort für die Debatte rund um die kritische Theorie, welche nach und nach aus den universitären Lehrplänen verschwunden war. Das Ivl wurde als besetztes, selbstverwaltetes Gebäude und Institut von der Unileitung toleriert. Im Februar 2012 wurde bekannt, dass die Universitätsleitung das Gebäude für ca. 1,1 Millionen Euro an die Immobilienfirma Franconofurt verkauft hat. Dieser Preis ist ein Hohn. Die Franconofurt sprach auf Nachfrage davon, dass sie das Gebäude auch für den dreifachen Preis gekauft hätte. Seit diesem Zeitpunkt war es Ziel Franconofurts, das Institut für vergleichende Irrelevanzen räumen zu lassen. Franconofurt kauft alte Gebäude um diese luxuszusaniieren und danach mit Millionengewinnen abzustoßen. In mehreren Prozessen konstruierten ihre Anwälte eine Ivl GbR, welche durch die Besetzer_innen nie anerkannt wurde. Aufgrund eines Verwaltungsgerichtsbeschlusses gegen genannte GbR, in Abwesenheit der Betroffenen, wurde die Räumung vollstreckt.

Trotz mehrfacher Gesprächsangebote an Stadt, Universitätsleitung und Franconofurt waren diese nie bereit, in einen Diskurs über die Zukunft des Ivl einzutreten. Den Besetzer_innen des Kettenhofweges 130 ist es das größte Anliegen, weiterhin Bildungsarbeit für alle interessierten Menschen zu ermöglichen. Die Versuche des Frankfurter Oberbürgermeisters Feldmann, die Räumung des Instituts für vergleichende Irrelevanzen hinauszuzögern, waren lachhaft. Es ist generell zu verurteilen, wenn kritische Kultur- und Wohnprojekte durch Großaufgebote der Polizei geräumt werden. In den folgenden Tagen kam es bundesweit zu Soliaktionen: In Freiburg, Berlin, Hamburg, Leipzig und an vielen anderen Orten kam es zu Spontandemonstrationen mit einer Gesamtzahl von über 8000 Menschen. Gleichzeitig wurden in Frankfurt mehrere Spontandemonstrationen mit jeweils über 500 Sympathisant_innen durchgeführt. Dazu kam die "Tag X+1" Demonstration mit über 2000 Teilnehmer_innen.

Wir solidarisieren uns mit den Besetzer_innen und Sympathisant_innen des Ivl.

Desweiteren fordern wir, dass sofort ein neues Gebäude durch die Stadt und Franconofurt zur Verfügung gestellt wird.

Auch die Menge an Polizeieinsätzen, die in der vergangenen Woche in Frankfurt stattfanden kritisieren wir (u.a. wurde die studentische Vollversammlung der Goethe-Universität mit über 1500 Polizeikräften überwacht). Die massive Repression gegenüber Sympathisant_innen und Dritten wurde nicht nur durch dauerhafte Kontrollstationen und die Campusumzingelung sichtbar, die Frankfurter Polizei verdoppelte nach der Räumung die Streifen und ersetzte die "normalen" Autos durch Fahrzeuge der Beweis- und Festnahmeeinheit. Anzeigen und massive Gewaltanwendungen während Demonstrationen und Aktionen komplettieren das Bild.

Freiräume und selbstorganisierte Räume für alle Menschen sind prinzipiell zu schaffen und zu verteidigen. Menschen dürfen für selbstbestimmtes Leben keine Repression erfahren!

Wir stellen ein strukturelles Versagen von Stadt und Universität fest. Wenn selbst der Frankfurter OB davon ausgeht, dass die Lage in der Stadt aufgrund der Räumung nicht kontrollierbar sei, so ist dies ein eindeutiges Zeichen für das Unvermögen des Magistrats in den genannten Punkten. Hier muss allerdings klar unterschieden werden: Schuld sind nicht die Besetzer_innen und Sympathisant_innen, sondern der Magistrat, der es versäumt hat rechtzeitig eine geeignete politische Lösung anzustreben. Besonders dabei hervorzuheben sind die Grünen, welche sich zwar mit Lippenbekenntnissen zum Ivl hervortaten, aber nicht in der Lage waren, dem gemeinsamen Oppositionsantrag auf Zuweisung eines neuen Gebäudes zuzustimmen und sich auch nur ansatzweise aus dem Schatten ihres Koalitionspartners CDU zu erheben.

Wir solidarisieren uns auch ausdrücklich mit der autonomen Hausbesetzer_innenszene in Frankfurt und bieten unsere Hilfe für die kommenden Kämpfe und Besetzungen an.

Ivl bleibt! Freiräume erkämpfen für Theorie, Praxis und Party!

A17 Antifaschismus/ Antirassismus als Schwerpunkt für 2013/14

Der Bundeskongress beschließt das Themenfeld Antifaschismus/ Antirassismus zu einem Schwerpunktthema für 2013/14 zu machen, unter der Zugrundelegung folgender Punkte:

- die Erarbeitung einer Mobilisierungs- und Unterstützungsstrategie (auch finanziell) des Bundesverbandes für zentral zu erwartende Naziaufmärsche - und Konzerte im Kalenderjahr 2013/14 (Dresden, Magdeburg, Dortmund, die Bandbreite an rechten Konzertveranstaltungen, v.a. in Mitteldeutschland, z.B. Leinefelde, Kahla, Gera, (alle Thüringen)
- die Durchführung einer verbandsinternen Bildungsreihe (mit dem Bildungswerk und/ oder anderen Kooperationspartner_innen) zum Schwerpunkt Antifaschismus/ Antirassismus im Kalenderjahr 2013/14
- die Durchführung einer verbandsübergreifenden Initiative zur Wiederherstellung und zum Ausbau der öffentlichen Finanzierung antifaschistischer und antirassistischer Initiativen und Projekte (soll 2014 auslaufen)
- die Durchführung einer bundesweiten Aktions- und Strategiekonferenz (zusammen mit der BAG Antifa der Partei) mit anderen antifaschistischen und antirassistischen Akteur_innen im Kalenderjahr 2014
- die Unterstützung eines ähnlichen Gesamtantrages der BAG Antifa der Partei zum Bundesparteitag in Dresden im Juni 2013

Die Tätigkeiten des Verbands sollen sich nicht ausschließlich auf das typische faschistische Spektrum beziehen. Es werden sich rechtspopulistische Strömungen bilden, die wir nicht nur auf der Straße blockieren und bekämpfen können. Auch gegen diese müssen wir uns organisieren, aufklären, Material erstellen und Aktionen unterstützen.

In den letzten Jahren gab es in der deutschen Rechten immer wieder Umstrukturierungsprozesse. Auf der einen Seite wendet sich ein Teil der Nazis zunehmend militantem und gewalttätigem Terror zu. Gleichzeitig bekamen

Rechtspopulisten wie Sarrazin ihren Platz in Talkshows, rechtspopulistische Bewegungen und Parteien wie PRO und Die Freiheit wurden bekannter. Einige rechte Gruppierungen präsentieren sich „volksnäher“ und versuchen „am Bewusstsein anzusetzen“. Sie präsentieren sich mehr als Alternative zum Parteiensumpf als faschistische Forderungen aufzustellen wie es z.B. die NPD tut. Sie greifen die Regierung Merkel zum Teil direkt für ihre Maßnahmen an und gehen rhetorisch gegen Banken und Konzerne vor. In Wirklichkeit schlagen sie einen nationalistischeren Kurs für die deutsche Bourgeoisie vor. Die Eurokrise und ihre Darstellung in den Medien haben dabei trockenes Holz ins Feuer geworfen. An den deutschen Schulden, erklären uns Bild & Co., sind die Griechen schuld, an der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen der Euro. Diese Argumentation, die durch weitere Kürzungen nach der Wahl noch angeheizt werden wird, ist der Boden von dem sich rechtspopulistisches Gedankengut nährt.

Nach Umfragen liebäugeln rund 24% der Bevölkerung mit der Wahl einer Anti-Euro-Partei. Dies und der hohe Anteil von potentiellen Wähler*Innen für die neue rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland zeigen, dass für viele Menschen, die durch die Krise und eine wachsende Skepsis gegen den Euro und alles was damit zu tun hat nach einer Alternative suchen und dass die LINKE mancherorts daran scheitert, diese Rolle einzunehmen.

Mehr als die LINKE wird aber die Linksjugend als aktiver Teil von Protesten und als gegen das Establishment gerichtet wahrgenommen. Daraus leitet sich für 'solid eine doppelte Aufgabe ab. Zum einen setzt sich Linksjugend ['solid] antifaschistischen Schwerpunkt für die Bundestagswahl. Auch müssen wir immer, wo sich die Möglichkeit bietet, Veranstaltungen von Rechtspopulisten wie den Parteien Alternative für Deutschland und Die Rechte, den Identitären, usw. mit Aktionen und Aufklärung beantworten. Wir müssen deutlich machen, was diese Gruppen wirklich fordern. Dass sich hinter der populistischen Forderung nach Bürgernähe Sozialkürzungen verstecken (die AfD fordert einen einheitlichen Steuersatz von 25% für alle über der Geringverdienerschwelle), dass die „Familienpolitik“ der Rechten Sexismus heißt und ihre Integrationspolitik Ausgrenzung. Wir müssen sichtbar machen, wie man gegen sie Widerstand leisten kann, dass praktische Solidarität gegen soziale Kürzungen wirksamer ist als Ausgrenzung, dass wir nur miteinander gewinnen und nicht gegeneinander. Dazu können wir Flyer drucken, die die wahren Forderungen der Rechtspopulisten aufdecken und unser Gegenprogramm erklären (zu diesem Zweck sind auch (Über)Plakatierungen gut), Veranstaltungen und Diskussionen organisieren mit Menschen, denen wir eine bessere Alternative anbieten können.

Die zweite Aufgabe ist, unsere Antworten auf die Fragen, die sich heute gesellschaftlich stellen, bekannt zu machen und zu erklären, worin wir uns in einer Alternative von rechts unterscheiden und warum wir sie bekämpfen. Wir müssen sensibilisieren für soziale Themen und darstellen, warum die Forderungen, die von rechtspopulistischer Seite kommen gerade sozial marginalisierten Schichten schaden, die sie als Wähler*Innen gewinnen wollen. Wenn nach der Wahl Kürzungspakete durchgepeitscht werden, müssen wir auf der Straße an der Seite von Protestbewegungen stehen und unser Programm gegen die Krise bekannt machen.

Kapitalismus wird es ohne Kürzungen nie geben – die Alternative zum System sind wir!

A 8 Bundeswehr raus aus den Schulen

Der Bundeskongress hat beschlossen:

1. die bundesweiten Aktionstage für eine militärfreie Bildung und Forschung vom 14.-16. Juni 2013 zu unterstützen und alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme aufzurufen,
2. Neues Kampagnenmaterial zum Thema „Bundeswehr raus aus den Schulen“ frühzeitig zu erstellen und es allen Landesverbänden und Basisgruppen zur Verfügung zu stellen.
3. eine zweite Auflage der CD „Bundeswehr raus aus den Schulen“ in derselben Stückzahl pressen zu lassen.

A 10 Weil es auch unsere Zukunft ist...Linksjugend ['solid] und Europa

1. Die internationale, insb. Europäische Vernetzung wird als wichtiges politisches Projekt weiter vorangetrieben
2. Der Bundeskongress begrüßt eine Kandidatur für das Board bzw. Sekretariat von

endyl und beauftragt den BAK Internationales in enger Absprache mit BspR und LR die weiteren Schritte zu forcieren

3. Linksjugend [solid] bringt sich mit einer Kampagne und europapolitischen Positionen in den Europawahlkampf ein

4. Der Bundeskongress unterstützt die Aufstellung eines/r Jugendkandidat*in in folgendem Prozess:

- Bis Ende Mai: Vorstellung der Kandidat*innen durch verbandsöffentliche Bewerbungen
- Bis Ende September: Vorstellung und Diskussion mit den Kandidat*innen auf Verbandsveranstaltungen auf Landes- und Bundesebene
- Anfang Oktober: Entscheidung durch LR un BspR

5. Der Jugendverband sucht beim Europawahlkampf und der Aufstellung einer Kandidat*in die Zusammenarbeit mit dem SDS

A30 FLTI*- Schutzräume und Schlafräume auf allen Veranstaltungen

Auf allen Veranstaltungen von Linksjugend [solid] / SDS werden Schutzräume und Schlafplätze für Frauen*Lesben*Trans*Inter* in ausreichender Anzahl und Größe zur Verfügung gestellt.

Bei der Anmeldung zu Veranstaltungen wird gefragt, ob ein FLTI*-Schlafplatz gewünscht wird, um den Bedarf grob abzuschätzen. Dennoch muss auch jederzeit während der Veranstaltung eine spontane Unterbringung dort noch möglich sein.

A9 Linksjugend ['solid] tritt der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) bei

1. Die Linksjugend ['solid] e.V. wird Mitglied in der Bundeskoordination Internationalismus
2. Die Linksjugend ['solid] mobilisiert zu den jährlichen Kongressen der BUKO
3. Linksjugend ['solid] finanziert einer Delegation von Mitgliedern des Jugendverbands die Teilnahme an den nächsten beiden Kongressen der BUKO. Die Anzahl der Teilnehmer_innen und Art der Finanzierung wird durch den BundessprecherInnenrat festgelegt.

A 20 Antiziganistischen Rassismus bekämpfen, Hetze gegen Roma stoppen!

Die rassistische Ausprägung des Antiziganismus sowie dessen Bekämpfung wird zu einem Schwerpunkt in der politischen Arbeit des Bundesverbandes 2013/2014.

1. der Bundesverband entwickelt Materialien zu den Themen „Antiziganistischer Rassismus“ und „Rechtspopulismus am Beispiel der Hetze gegen Roma“
2. der BundessprecherInnenrat ruft eine Aktionswoche aus, in der Ortsgruppen und Landesverbände mit Hilfe von Bundesinfrastrukturhilfe Aktionen und Veranstaltungen zum Thema durchführen können. Am Ende der Aktionswoche soll eine überregionale, zentrale Großdemonstration stattfinden
3. der Demonstrationszeitpunkt ist zu wählen:
Variante a) Vor der Bundestagswahl, um die Dimension des Wahlkampfpopulismus anzuprangern
Variante b) am Wochenende nach dem Internationalen Tag der Roma (08. April 2014)
4. des Weiteren sollen Bündispartner*innen gewonnen werden (z.B. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Grüne Jugend, Jusos, versch. Antifa-Gruppen, Antira-Netzwerke, Refugee-Netzwerke und -gruppen etc.)
5. die Infrastrukturhilfe des Bundesverbandes enthält: Referent*innenpool, Fahrtkostenübernahme, weitere finanzielle Hilfen, Materialien, Vorlagen, Layouts, Handreichungen, Presseunterstützung, mind. 1 Ansprechpartner*in aus dem BundessprecherInnenrat
beim Sommercamp wird mind. 1 Veranstaltung zum Thema angeboten

A 22 Faschistische Entwicklungen in Europa zum Thema machen – Öffentlichkeit herstellen!

Der Bundesverband setzt sich in der nächsten Legislatur inhaltlich mit den gegenwärtigen faschistischen Entwicklungen in Europa auseinander, um Öffentlichkeit herzustellen. Dabei sollen internationale Kontakte intensiviert werden.

1. internationalen Kontakt intensivieren: Aufbau einer Informationskooperation mit griechischen, ungarischen, zyprischen, französischen usw. Genoss*innen, um regelmäßig valide und verifizierte Informationen über die Situation in den Ländern beziehen. Die Krisenerzählung des Merkel'schen Krisenregimes braucht eine Gegenöffentlichkeit

2. der BundessprecherInnenrat entsendet nach Absprache mit dem BAK Internationales eine Delegation zum Strategiekongress in Wien. Die Delegationsgröße wird dabei vom BundessprecherInnenrat festgelegt
3. inhaltlich soll insbesondere die Verknüpfung hergestellt werden zwischen faschistischer Straßenbewegung, Polizei, Exekutivorganen, Regierungen, Ministerien usw.
4. der Bundesverband erstellt Aufklärungsmaterialien (Flyer, Broschüre o.ä.)
5. dabei hält der BSpR Kontakt zur GUE/NGL im Europaparlament sowie zur Bundestagsfraktion
der BundessprecherInnenrat wird einen entsprechenden Antrag zur Unterstützung der Wiener Strategiekonferenz beim Bundesparteitag stellen

A 33 Etablieren einer bundesweiten Vernetzungsplattform

Im folgenden Jahr soll eine bundesweite Online-Vernetzungsplattform für alle Gliederungen, Mitglieder und Sympathisant*innen der Linksjugend [‘solid] erstellt und gestartet werden.

Der BundessprecherInnenrat soll beauftragt werden, eine aus fachlich kompetenten Personen bestehende Arbeitsgruppe zu bilden und deren Arbeiten und Vorankommen regelmäßig zu überprüfen.

Diese Online-Plattform soll den Austausch von Dokumenten, Erfahrungen, Wissen, Grafiken, Materialien und sonstigen Daten erleichtern und in Form von z.B. Foren politische Diskussionen ermöglichen.

Weiterhin soll ein Kalender mit allen möglichen Terminen (Bildungsveranstaltungen, Workshopwochenenden, Events, Demos, Aktionen etc.) fester Bestandteil der Plattform werden. Um einen Überblick über die Bandbreite unseres Jugendverbandes zu bekommen, sollen aber auch Landesverbände und Ortsgruppen die Möglichkeit haben, ihre geplanten Aktionen einzutragen.

Um nicht nur die Kommunikation zwischen den Ortsgruppen zu verbessern, sondern auch den Einstieg in die politische Arbeit bei der Linksjugend [‘solid] zu erleichtern, sollte auch ein Organigramm/Wiki über die Bundesstrukturen eingearbeitet werden.

Dieses Organigramm soll neben der Struktur des Jugendverbandes bis hin zum einzelnen Mitglied auch ein Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen erhalten, denn:

der Abkürzungsfetisch in diesem Verband ist exklusiv und schließt unerfahrenere und neue Mitglieder und Sympathisant*innen aus!

Mit dem Ziel, Konflikte innerhalb des Verbandes möglichst schnell zu erkennen und zu lösen, sollte den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, in Form eines "Kummerkastens" ihre Sorgen und Probleme vertraulich und anonym, sofern gewünscht, dem BundessprecherInnenrat mitteilen zu können.

Um alle zeitgemäßen Arbeitstools nutzen zu können, schlagen wir vor, eine eigene Serverstruktur aufzubauen. Diese Serverstruktur ist sinnvoll, um sicher miteinander kommunizieren zu können. In Zeiten erheblichen Repressions- und Kriminalisierungsdrucks ist es unerlässlich geworden, sich nicht nur über die Potentiale von Kommunikation Gedanken zu machen, sondern auch über die ganz individuellen Risiken. Nebenbei besitzt eine eigene Serverstruktur ganz praktische Vorteile, die die politische Arbeit aller Gliederungen erheblich vereinfachen würde, wie beispielsweise bedarfs-angepasste Lösungen für Blogs oder Webseitenauftritten von Ortsgruppen.

Dringlichkeitsantrag

Der Bundesverband der linksjugend ['solid], der BspR und der Länderrat unterstützen weder die LL-Demo, noch das Rosa&Karl-Bündnis.

Der BuKo der Linksjugend [solid] möge beschließen, dass sich der neu gewählte Bspr vermehrt mit netzpolitischen Themen und der Möglichkeit des Auftretens des Verbandes im Internet zu beschäftigen hat und ein Einsteiger*innen- bzw. ein feministisches Einsteigerinnenseminar (flt*) in die Wege leitet.

Hierbei ist es elementar, dass verbandsinterne Kommunikationsstrukturen offener gestaltet werden. Deswegen sollen alle Protokolle von Bundesebene zeitnah auf linksjugend-solid.de veröffentlicht werden. Bei Bedarf sind die Protokolle zu anonymisieren.

Der BuKo der Linksjugend [solid] legt mit Beschluss dieses Antrages allen Landessprecher_innenräte nahe, ihre Sitzungen verständlich zu dokumentieren und zeitnah der Öffentlichkeit zu Verfügung zu stellen. Auch eine parallele Berichterstattung über bspw. Twitter ist wünschenswert.

A 32 Mitgliederkarteibereinigung

Es wird eine Bereinigung der Mitgliederkarteien durchgeführt.

Der Bundesverband lädt alle Mitglieder mittels Bundesgeschäftsstelle via Post zum Sommercamp ein. Die Mitglieder, deren Post bei der Verschickung an den Absender zurückgeht, werden in der Mitgliederdatenbank entsprechend markiert. Die Landesverbände und Ortsgruppen werden über die falschen Adressen in Kenntnis gesetzt und haben bis zum darauffolgenden Sommercamp Zeit, die richtigen Adressen in Erfahrung zu bringen und diese der Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen. Im darauffolgenden Jahr wird ebenfalls zum Sommercamp eine solche Verschickung stattfinden. (Findet kein Sommercamp statt, gibt es eine andere bundesweite Verschickung). Alle Mitglieder, deren Post an den Absender zurückgeht und deren Adresse bereits im Vorjahr die gleiche und falsch war, werden aus der Datenbank gestrichen. Analoges passiert in den darauffolgenden Jahren.

A 29 Stärkung der Awarenessstruktur

- Der Bundesverband legt sein Augenmerk auf die feministische politische Bildung und Sensibilisierung im Jugendverband, z.B. in Form von Bildungsangeboten auf Bundesverbandsveranstaltungen, die das Zustimmungskonzept und Awareness-Grundsätze zum Thema haben
- Der Bundesverband sorgt für eine ausreichende Finanzierung der Awareness-Group, in Form von v.a. Fahrtkosten, damit diese ihren Aufgaben auf den verschiedenen Jugendverbandsveranstaltungen nachkommen kann
- Der BSpR wird in Zusammenarbeit mit dem LR beauftragt die Awareness-Group in den LVs zu bewerben und zu verankern, etwa indem dieser Antrag auch auf den Mitgliederversammlungen der Landesverbände eingebracht und diskutiert wird
- Der Bundesverband trägt das Awareness-Konzept und die Struktur auch an den Studierendenverband SDS heran
- Der BSpR evaluiert zu jedem BuKo die Awarenessarbeit und stellt sie in seinem Bericht vor. Inhalt soll sein auf wievielen Veranstaltungen die Awareness-Group vertreten war, wozu sie eingeladen wurde und wo sie nicht aktiv war und warum
- Zusätzlich soll die Möglichkeit bestehen, ein Schulungsangebot für die örtlichen Awarenessstrukturen wahrzunehmen.

Die Awareness-Group ist eine Gruppe von Menschen, die sich um euch kümmert, wenn ihr grenzverletzendes oder sexistisches Verhalten wahrnehmt oder sogar selbst davon betroffen seid. Dabei definiert jede*r für sich selbst, wo die eigenen Grenzen sind, da diese von persönlichen Faktoren wie z.B. der Sozialisation, vergangenen Erfahrungen, momentanen Stimmungen und aktuellem Befinden abhängig sind.

In unserem Jugendverband treffen auf verschiedensten Veranstaltungen Menschen aufeinander.

Auch abseits von den durch Satzungen und Geschäftsordnungen geleiteten und moderierten Sitzungen arbeiten, feiern, reden und agieren wir miteinander. Hierbei kann es schnell zu Grenzverletzungen kommen, denn Grenzen sind immer subjektiv und auch der Jugendverband kann sich nicht dem sexistischen und patriarchalen Zustand der Gesellschaft entziehen.

Unter Sexismus fallen dabei z.B. alle Formen der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie der sexuellen Orientierung einer Person. Dabei kann es sich um Vorurteile und aufgezwungene Rollenbilder handeln, aber auch um Anmachen, anzügliche Witze, Hinterherpfeifen, Sätze wie "sie wollen es doch auch" oder Bemerkungen über Äußerlichkeiten. Dies kann dazu führen, dass betroffene Personen sich stark eingeschränkt und unwohl fühlen.

Um Grenzverletzungen zu vermeiden, gibt es unter anderem das Zustimmungskonzept, bei dem jede Handlung erst nach eindeutiger Zustimmung der anderen Person passiert. Wir wollen mit diesem Antrag für Grenzen sensibilisieren und Anregungen dafür geben, wie jede*r bei sich selbst anfangen kann.

Seit dem Sommercamp 2012 gibt es ein Awarenessstruktur in der Linksjugend [solid]. Diese ist bundesweit organisiert, d. h. die Struktur ist auf allen bundesweiten Veranstaltungen vertreten und versucht ebenfalls auf landesweiten Veranstaltungen zu sein, hierfür laden uns die einzelnen LVs ein. Das Selbstverständnis der Awareness-Group findet ihr am Anfang des Antragsheftes.

Die Awareness-Group arbeitet nach den Regeln der Parteilichkeit und Definitionsmacht. Betroffene, die sich an die Gruppe wenden, brauchen keine Angst haben, dass sie nicht ernst genommen oder ihre Erfahrungen in Zweifel gezogen werden. Sie werden bedingungslos nach den Wünschen der Betroffenen von der Awareness-Struktur beraten, vertreten und unterstützt.

In der Awareness-Group arbeiten auch männlich sozialisierte Personen mit, die in erster Linie für die Tätergespräche eine unterstützende Funktion ausfüllen. Es ist den Betroffenen immer möglich sich ausschließlich an Frauen* zu wenden, ohne dass die Männer* der Awareness-Group ins Vertrauen gezogen werden müssen. Um die Mitarbeit in der Awarenessstruktur auf einem hohen Niveau von Sensibilität und Awareness zu halten, werden Beitritte von den Frauen* in der Awarenessstruktur in anonymisierten Konsensverfahren entschieden.

A 27 Viktor Orbán isolieren – kein Stimmrecht in der EU für ein autoritäres Ungarn

Ungarn entwickelte sich unter Führung Viktor Orbáns zu einem autoritär-völkischen Staat.

Mit der Neuerung der Verfassung am 11. März 2013 ist diese traurige politische Realität

Schwarz auf Weiß niedergeschrieben. Fortan kann das Verfassungsgericht nicht mehr

inhaltlich Gesetze nach Verfassungstauglichkeit beanstanden, sondern nur noch formell nach

Gesetzgebungsprozedur. Die inhaltliche Überprüfung obliegt nun dem ungarischen Parlament, in dem Viktor Orbáns Partei Fidesz über eine Zweidrittelmehrheit verfügt.

Auf

diese Mehrheit stützt sich der Premierminister Orbán, der bereits mit der neuen Verfassung vom 1. Januar 2012 sämtliche Kompetenzen regeln kann, die nicht explizit Aufgabe eines anderen Staatsorganes sind.

Dieses autoritäre Politikverständnis ist keinesfalls neu und trat bereits mit der Fidesz-Wahlniederlage von 2002 offen zu Tage: So sprach Orbán der damaligen Regierungsmehrheit von Sozialisten und Liberalen die Legitimität ab, weil sie in seinen Augen als „nichtungarisch“ galt. Folglich gab Orbán bekannt, dass eine Nation in Verkörperung seiner Partei Fidesz nicht in der Opposition sein könne, auch wenn sie keine Mehrheit habe. Im April 2010 übernahmen Orbán und seine Partei wieder die Macht, nachdem Ungarn von der Finanzkrise erschüttert wurde. Seitdem verfolgt Orbán das Ziel, den Staat und die Medien ganz unter seine Kontrolle zu bringen: Kompetenzen von Gerichten werden beschnitten, neue Aufsichtsbehörden für Medien geschaffen und von Fidesz-Funktionären für ungewöhnlich lange Zeiträume besetzt. Sensible politische Bereiche werden überkonstitutionalisiert – entsprechende Beschlüsse sind damit selbst nach einer möglichen Abwahl Viktor Orbáns faktisch unumkehrbar.

Mit der von Orbán ausgerufenen „Konservativen Revolution“ ist Ungarn auf dem Weg in ein autoritäres Regime, das aus seiner antisemitischen und revisionistischen Ideologie keinen Hehl macht: So ist mit der neuen Verfassung der 4. Juni zu einem weiteren Nationalfeiertag ausgerufen worden, um der Unterzeichnung des Vertrages von Trianon 1920 zu gedenken.

Durch ihn verlor Ungarn aufgrund seiner Beteiligung am Ersten Weltkrieg an der Seite des

Deutschen Reichs zwei Drittel seines Staatsgebietes. Diese Symbolpolitik für die Wiederherstellung Großungarns löst in den benachbarten Staaten große Sorge aus.

Die Sorge ist auch damit begründet, dass bereits Minderheiten in Ungarn strukturell diskriminiert und als Fremdartige diffamiert werden. Die Zugehörigkeit zur Nation wird allein durch eine ethnische Vorstellung definiert und hat nun Verfassungsrang.

Insbesondere Sinti, Roma und Juden leiden unter dieser Feindseligkeit, weil sie als illoyal gegenüber der ungarischen Nation diskreditiert werden. Verstärkt wird dieses aggressive Klima durch die weit verbreitete Leugnung oder Relativierung der ungarischen Beteiligung am Holocaust. Unter diesen Bedingungen ist eine gesellschaftliche Veränderung zur Wiederherstellung demokratischer Mindeststandards unmöglich. Der Umbau zum autoritär-völkischen Staat trägt längst einen systematischen Charakter. Daher sind nun die EU-Staats- und Regierungschefs in der Verantwortung, Ungarn durch harte Sanktionen zu isolieren.

- Die Linksjugend [solid] erinnert daran, dass der Beitritt Ungarns zur EU 2004 mit der Begründung erfolgte, die noch junge Demokratie zu stabilisieren. Da dieses Vorgehen keinen Erfolg hat, muss die EU nun dem Versprechen nachkommen, die Konsolidierung eines autoritären Staates durch die Anwendung seiner vertraglich festgeschriebenen Möglichkeiten zu verhindern. Hierzu zählt der Stimmenentzug Ungarns auf EU-Ebene nach Artikel 7 der Verträge.
- Ferner fordert die Linksjugend [solid] den Stimmenentzug, um sicherzustellen, dass ein autoritärer Staat wie Ungarn keine EU-Politik über den Ministerrat betreiben kann, die unmittelbar in anderen Mitgliedsländern Wirksamkeit entfalten könnte.
- Die Linksjugend [solid] fordert insbesondere von CDU/CSU und der Jungen Union, sich für den Ausschluss von Viktor Orbáns Partei Fidesz aus dem europäischen Dachverband der EVP einzusetzen. Andernfalls tragen CDU/CSU und Junge Union eine Mitschuld am völkisch-autoritären Umbau Ungarns.
- Flüchtlinge, die über Ungarn nach Deutschland geflohen sind, werden in der Regel in das vermeintlich „sichere Drittland“ Ungarn abgeschoben. Besonders für Sinti und Roma handelt es sich aber auf keinen Fall um einen sicheren Ort, wie mehrere antiziganistische Anschläge gezeigt haben. Die Linksjugend [solid] fordern die deutschen Behörden daher auf, Abschiebungen nach Ungarn unverzüglich einzustellen.

A 25 Politische Forderungen zum sozial ökologischen Umbau mittels Energieeffizienz

Die folgenden Positionen bieten eine Diskussionsgrundlage für eine zeitnahe Positionsfindung der linksjugend ['solid] zum Thema Energieeffizienz. Die Thematik sollte zB. auf einem Sommercamp oder einer Winterakademie in geeigneter Form behandelt werden.

1) Förderung kostenloser Energieberatungen

Förderung kostenloser Energieberatungen für Privathaushalte, Kommunen und Unternehmen durch den Bund. Gleichzeitig Förderung von Ausbildungen zu Energieberaterinnen und Energieberatern für Privathaushalte insbesondere bei Langzeitarbeitslosen und Menschen mit geringen Einkommen.

2) Ausschließlich Förderungen von Altbausanierungen

Ausschließlich Förderungen von Altbausanierungen statt Neubauten (Gelder hieraus sollen zur Altbausanierung fließen). Gerade für Haushalte mit geringem Einkommen sollte ein erhöhter Satz angesetzt werden, da das Energieeinsparpotential gemäß verschiedener Studien je eingesetztem € bei der Altbausanierung rund 10 Mal höher ist.

3) Es ist zu diskutieren, ob eine »Least-Cost Best-Fit«-Regelung einzuführen ist In den US-Bundesstaaten Kalifornien und Massachusetts hat die »Least-Cost Best-Fit«-Regelung zu deutlichen Energieeffizienzsteigerungen geführt. Diese Regelung besagt, dass ein Stromhersteller, der nicht mehr genug Lieferkapazitäten hat, die Methode/Technologie zum Ausbau der Stromkapazitäten nutzen muss, die am kostengünstigsten ist. Da es in vielen Fällen billiger ist, die Energieeffizienz bestehender Kraftwerke zu verbessern, als neue zu bauen, führt dies zu dem vorteilhaften Effekt, dass eher in Energieeffizienz investiert wird als in neue Anlagen. Zusätzlich durften die Stromversorger nur dann den Strompreis erhöhen, wenn sie ihre Effizienzziele erreicht hatten.

4) Es ist zu diskutieren, ob eine Kontrolle bestehender Gesetze einzuführen ist Kontrolle und Einhaltung bestehender Gesetze und Vorschriften. Das wohl effektivste Mittel bei der Sanierung CO2 einzusparen, ist die Kontrolle bestehender Gesetze. Welcher Anteil der bestehenden Vorschriften eingehalten wird, war nach unseren Recherchen nicht ermittelbar.

Dass hier aber noch riesige Potenziale schlummern, ist nicht von der Hand zu weisen. Bei Neubauten, aber noch viel mehr bei Sanierungen ist es möglich, die Vorschriften unvollständig auszuführen (etwa geringere Wärmedämmdicken als vorgeschrieben) oder sogar ganz zu ignorieren. Laut EnEV

(Energieeinsparverordnung) haben die Bezirksschornsteinfegerinnen und Bezirksschornsteinfeger nur die Einhaltung von Vorschriften bei Heizanlagen und Leitungsdämmung zu prüfen. Ursprünglich sollte von ihnen auch die Nachrüstung der obersten Geschossdecken geprüft werden. Das wurde aber bei der EnEV 2009 gestrichen.

Die Übertragung von weiteren Aufgaben ist nur durch Bundesrecht möglich. Einer Ende 2010 abgeschlossenen bundesweiten Befragung des IWU zufolge lassen sich zum Vollzugsdefizit folgende Angaben entnehmen:

In den Jahren 2005 bis 2009 lag bei Neubauten die Modernisierungsrate von Außenwänden mit Wärmedämmung bei 0,89 Prozent pro Jahr. Auf der andren Seite wurden bei 0,36 Prozent der pro Jahr modernisierten Außenwände die Wärmedämmung nicht mit einbezogen. Eine Wärmedämmung wäre jedoch Verpflichtung gewesen, daher ergibt sich daraus umgerechnet bereits ein

Vollzugsdefizit von 29 Prozent. Dieser Wert könnte durchaus nur als untere Grenze angesehen werden, da vielen befragten Eigentümerinnen und Eigentümern bekannt gewesen sein dürfte, dass sie nach den Vorschriften der Energieeinsparverordnung zu einer energiesparenden Maßnahme verpflichtet gewesen wären, und daher Modernisierungen gegebenenfalls gar nicht angegeben haben.

Die Bundesregierung plant, die Sanierungsrate von gegenwärtig weniger als einem Prozent pro Jahr auf zwei Prozent pro Jahr zu erhöhen. Umgerechnet verursacht das Vollzugsdefizit einen zusätzlichen CO₂-Ausstoß in Deutschland von etwa einer Million Tonnen pro Jahr. Im Vergleich dazu ergibt sich durch ein angenommenes Vollzugsdefizit von zehn Prozent bei Neubauten ein CO₂-Ausstoß von 0,03 Millionen Tonnen pro Jahr.

Das Vollzugsdefizit bei der Altbausanierung hätte damit ein mindestens etwa 30-mal größeres Ausmaß als dasjenige beim Neubau. Nach diesem Vergleich ist es schwer zu verstehen, warum in den meisten Bundesländern bei Neubauten eine Vollzugsüberprüfung mit nennenswertem Aufwand stattfindet, bei der Altbausanierung aber nicht.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kam nach einer Umfrage in den Bundesländern zum Ergebnis, dass Desinteresse und Personalmangel die Kontrolle des Vollzugs verhindern. Aus volkswirtschaftlicher Sicht bringen Verbesserungen in den beschriebenen Punkten aber schnell mehr Einnahmen als Ausgaben, da mit hohen Nicht-Einhaltungsraten zu rechnen ist. Auch die Bevölkerung müsste auf ein besseres Kontrollsystem drängen, denn eine besser Kontrolle bedeutet ja auch mehr Sicherheit für den Bauherrn, dass er das erhält, was er bezahlt hat – natürlich vorausgesetzt, er war nicht selbst der Schuldige an der mangelnden Einhaltung der Vorschriften.

Wie kann Abhilfe geschaffen werden? Eine Verbesserung auf diesem Sektor setzt voraus, dass die Einhaltung aller Verpflichtungen zumindest stichprobenartig und zumindest im Sanierungsbereich überprüft wird. Der private Nachweis bei Änderung oder Austausch durch eine »Unternehmererklärung« kann mit einer einzigen Standardzeile in der Rechnung geleistet werden. Da für die bessere Kontrolle Personal eingestellt werden müsste – das sich wie oben erwähnt schnell selbst bezahlt machen könnte –, würden als weiterer positiver Nebeneffekt Arbeitsplätze geschaffen.

5) Einführung des Top-Runner-Programms

Das Top-Runner-Programm ist ein politisches Instrument zur Steigerung der Energieeffizienz. Es sieht vor, dass zu einem bestimmten Stichtag eine Marktübersicht über ein bestimmtes Produkt erstellt wird. Der Energieverbrauch der effizientesten unter den gesichteten Produkten wird dann zum Standard für die Branche erhoben. Dieser Standard muss in fünf oder sieben Jahren von allen anderen Produkten erreicht werden. Kann ein Hersteller nach Ablauf der Frist die neuen Effizienzstandards nicht erfüllen, so drohen ihm, je nach nationaler Ausgestaltung des Gesetzes, Strafzahlungen oder sogar ein Verkaufsverbot. Japan ist das bekannteste Land mit einer Top-Runner-Regelung; es führte sie bereits Ende der 1990er Jahre ein. Allein dadurch konnte Japan bereits 16 Prozent seiner Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen nach dem Kyoto-Protokoll erfüllen. Von einer Top-Runner-Regelung profitieren neben dem Klima vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher, die geringere Stromkosten zu zahlen haben.

6) CO₂-Etiketten einführen

In England und Holland gibt es diese Etiketten schon für viele Lebensmittel. Sie zeigen, wie viel CO₂ bei Herstellung, Transport und Vermarktung eines Produkts entstanden ist – bezogen auf bestimmte Einheiten Ware. Diese Auszeichnung von

Ware mit dem sogenannten Product Carbon Footprint ist nun in mehreren europäischen Ländern für alle Arten von Produkten in Diskussion.

7) Höherer Einspeisetarife bei erneuerbaren Energieanlagen von Bürgergenossenschaften

20% Höherer Einspeisetarife bei erneuerbaren Energieanlagen für Bürgergenossenschaftsparks mit max. Investitionsvolumen von 5000 € / Bürger und möglichem Einsteigeinvestitionsvolumen ab 100€. Mit solch einem Konzept würden Bürgerparks ganz klar forciert und auch Menschen mit geringem Einkommen könnten sich an solch einem Park beteiligen. Bei den meisten Genossenschaften geht beginnt hierbei das Einstiegsvolumen erst ab 500 € oder gar 1000 €.

8) Fonds für Bürgergenossenschaften zum Netzausbau

Aufbau eines deutschlandweiten Fonds der vom Bund und allen Bundesländern abgestimmt wird (mit je einer Stimme), der Bürgergenossenschaften fördert, die in den Netzausbau investieren.

A 26 Bundestagswahlkampf 2013: SPD und Grüne sind Teil des Problems

Die Linksjugend [^solid] ist ein antikapitalistischer Jugendverband und steht im kritisch-solidarischen Verhältnis zur Partei DIE LINKE. Die Solidarität ist deswegen so wichtig, weil es uns nicht egal ist, ob der Bundestag mit oder ohne linke Alternative auskommt. Auf der Straße, in den Schulen oder in den Betrieben greifen wir mit einem eigenständigen Jugendwahlkampf ein und stellen uns hinter DIE LINKE. Doch Solidarität bedeutet nicht, alles kritiklos hinzunehmen, was in der Partei geschieht. Uns kann es nicht egal sein, wenn der frühere LINKEN-Vorsitzende Lothar Bisky die Partei auffordert, sie solle Peer Steinbrück nach der Wahl zum Kanzler wählen. Immer wieder philosophieren einzelne LINKEN-Funktionäre öffentlich über angeblich „linke Mehrheiten“. (gemeint ist rot-rot-grün) In Sachsen gab es gar den Versuch, gemeinsam mit FDP, CDU, SPD und Grüne eine Schuldenbremse zu verabschieden.

Die Diskussion über eine Regierungsbeteiligung seitens der LINKEN wird im Wahljahr zunehmen und sie zwingt uns in den Debatten mit anderen Parteien und

ihrer Jugendverbände eine Position zu beziehen. Aber auch gegenüber der LINKEN soll deutlich gemacht werden, dass die Überwindung des Kapitalismus nicht **mit**-, sondern nur **gegen** die SPD-Oberen gelingen kann.

Warum die Politik von SPD und Grüne nicht links ist und sie somit auch nicht Teil einer „linken Mehrheit“ sein können, soll – ohne Anspruch auf Vollständigkeit - anhand von acht Punkten festgehalten werden.

1. SPD und Grüne sind keine glaubwürdigen Partner im Kampf gegen den Überwachungsstaat. Im Gegenteil: Unter der Regierung Schröder führten sie biometrische Reisepässe ein und erlaubten dem Verfassungsschutz die heimliche Online-Durchsuchung. In den Ländern, wo SPD und Grüne heute regieren, sichern sie dem Verfassungsschutz ihr überleben und sind verantwortlich für zahlreiche Polizeieinsätze gegen Linke.
2. SPD und Grüne gehören zu den gekauften Lobby-Parteien. Sie vertreten die Interessen der Kapitalisten und Superreichen. Das lässt sich schon aufgrund der Spendenzuwendungen verdeutlichen: Allein im Zeitraum von 1998 bis 2008 erhielten diese Parteien Spenden von großen Banken und Versicherungen in Höhe von jeweils 1,4 Millionen Euro an die SPD und 600.000 Euro an die Grünen. DIE LINKE ging leer aus.
3. SPD und Grüne sind und bleiben Abschiebeparteien. Unter Schröder setzte Rot-Grün die unmenschliche Abschiebepolitik der Kohl-Regierung fort. Sie behielten beispielsweise die sogenannte „Drittstaatenregelung“ oder das sogenannte „Flughafenschnellverfahren“ bei. Dort wo SPD und Grüne heute regieren, ist es nicht besser: Erst vor kurzem schob die grün-rote Landesregierung in BaWü fünf Roma in den Kosovo ab. In NRW ist die rot-grüne Landesregierung für regelmäßige Sammelabschiebungen am Flughafen Düsseldorf verantwortlich.
4. SPD und Grüne sind EU-freundlich und europafeindlich: Sie kritisieren vormittags die unmenschliche Krisenpolitik von Merkel sowie den EU-Gremien und stimmen nachmittags ihren Spardiktaten im Bundestag zu. Diese Politik ist deshalb so europafeindlich, weil sie sich gegen Millionen EuropäerInnen in den Krisenstaaten richtet. Die von SPD und Grüne mit beschlossenen „Rettungspakete“ zerstören die Sozialsysteme in Ländern wie Griechenland und Portugal und haben mittlerweile dafür gesorgt, dass weite Teile der dort lebenden Menschen keinen Zugang zum Gesundheits- oder Bildungssystem mehr haben.
5. „Wäre das Bildungssystem eine Bank, es wäre längst gerettet“ – dieser Demo-Ausruf gilt heute der SPD und den Grünen ebenso wie der CDU und der FDP. Das Turbo-Abitur wurde auch von SPD/Grünen-Regierungen in den Ländern eingeführt bzw. nicht wieder abgeschafft. In einigen rot-grün regierten Ländern wurden zwar die Studiengebühren abgeschafft, allerdings erst auf Druck breiter Proteste und zudem wurden die diskriminierenden Langzeitstudiengebühren größtenteils beibehalten. Die Überwindung des

- dreigliedrigen Schulsystems bleiben leere Versprechungen von SPD und Grüne. Dort wo sie regieren, bleibt es bei einigen wenigen Modellversuchen.
6. Mit SPD und Grüne ist kein Frieden zu machen. Mit der Schröder/Fischer-Regierung führte die BRD erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges wieder Krieg: „Unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt“, formulierte es damals SPD-Minister Struck, um den Afghanistan-Krieg zu rechtfertigen. Rot-Grün baute die Bundeswehr zu einer weltweit operierende Interventionsarmee auf, um deutschen Konzernen den weltweiten Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten zu erleichtern. Die deutschen Rüstungskonzerne profitierten doppelt: Zum Einen, weil Rot-Grün deutsche Waffenexporte voran trieben und zum anderen, weil unter Rot-Grün auch die eigene Bundeswehr mit vielen neuen Waffen ausgestattet wurde. In Oppositionszeiten sind SPD und Grüne nicht friedlicher. Sie gaben weiterhin fast allen Bundeswehreinmärschen ihre Zustimmung und forderten weitere Kriegseinsätze der Bundeswehr, wie zuletzt in Libyen und in Mali.
 7. SPD und Grüne reden im Wahlkampf von sozialer Gerechtigkeit. Doch in der Realität haben SPD und Grüne nichts übrig für sozial Benachteiligte. Das fängt schon in vielen Kommunen an, wo SPD und Grüne – häufig im Verbund mit CDU und FDP – Kürzungshaushalte beschließen. Auf Bundesebene haben SPD und Grüne die Agenda 2010 zu verantworten, womit der Ausbau des Niedriglohnsektors, Steuersenkung für Reiche und die Gängelung und Enteignung von Erwerbslosen einherging. Noch heute loben SPD- und Grünen-Funktionäre die „Erfolge der Agenda 2010“, die zu mehr „Wettbewerbsfähigkeit“ geführt hätte.
 8. Im Kampf gegen Nazis können viele SPD und Grüne-Basisorganisationen eine Stütze bei der Mobilisierung gegen Nazi-Aufmärsche sein. Dies ist zu begrüßen, nur leider spielen diese Parteien auf der Funktionärssebene ein falsches Spiel. Verbal äußern sie sich gegen Nazi-Aufmärsche, doch in der Praxis fallen sie engagierten Antifaschisten in den Rücken. Anfang 2013 hoben die Abgeordneten von SPD, Grüne, Union und FDP die Immunität von den LINKEN-Abgeordneten Caren Lay und Michael Leutert auf, nachdem NPD-Faschisten sie wegen des „Verstoß“ gegen das Versammlungsgesetz“ bei den Massenblockaden von Dresden angezeigt hatten.

A24 Schuldenbremse stoppen

Die Linksjugend [solid] spricht sich gegen Schuldenbremsen in jeder Form

aus, sowohl auf Landes-, auf Bundes- und auf europäischer Ebene und weist auf deren unsoziale Folgen hin.

Die Linksjugend [solid] wirkt entsprechend auf die Partei ein und versucht jedwede Zustimmung zur Schuldenbremse zu verhindern.

A 16 Occupy Barbie-Dreamhouse

In Berlin wird derzeit ein lebensgroßes Barbiehaus gebaut, das für mehrere Monate als Ausstellung rosa Rollenklischees für Kinder präsentieren soll. Diese Ausstellung soll danach in anderen Städten wiederholt werden. Das Barbiehaus präsentiert so weit wir wissen Kochen, Schminken und Gut Aussehen als höchste Erfüllung für Frauen. Als besondere Karriere kann man in dem Haus entweder Modell oder Pop-Star werden. Der Bundeskongress von Linksjugend [solid] unterstützt deshalb die Initiative Occupy Barbie-Dreamhouse, die für den 16. Mai eine Demonstration am Barbiehaus organisiert.

A7 Mindestlohn für Auszubildende

Die Linksjugend [solid] unterstützt die DGB-Jugend Berlin Brandenburg in ihrer Forderung nach einer Mindestausbildungsvergütung und fordert für die Bundesrepublik Deutschland eine allgemeine Mindestausbildungsvergütung von 1200 € netto. Jedoch darf diese Entlohnung kein Stillstand für nächsten Jahre darstellen. Wir rufen die Gewerkschaften und Arbeitnehmer_innenvertretungen auf, sich für eine Steigerung der Löhne und Ausbildungsvergütungen über dem Inflationsniveau einzusetzen. Für den Wahlkampf 2013 wird ein Flyer zum Thema Ausbildung erstellt. Der Bundessprecher_innenrat organisiert hierbei die Umsetzung.

A 19 Ihre Arbeitsbedingungen sind unsere Lernbedingungen: Solidarität mit dem Kampf der Lehrerinnen und Lehrer

Die angestellten Lehrerinnen und Lehrer befinden sich derzeit in einer Tarifauseinandersetzung für eine „Lehrkräfte-Entgeltordnung / L-EGO“. Angestellte Lehrerinnen und Lehrer verdienen netto bis zu 570 Euro weniger im Monat als verbeamtete Kolleginnen und Kollegen. Das Ziel der Lehrkräfte ist es, diese Lücke zu schließen und gleiche Bezahlung für alle Lehrerinnen und Lehrer durchzusetzen.

Auch Beamte hatten sich schon am Streik der Länderbeschäftigten beteiligt, beispielsweise in Rheinland-Pfalz. Jetzt sollen sie in 14 von 16 Bundesländern

nicht mal die ausgehandelte Tariferhöhung bekommen! Es besteht also die Möglichkeit, sie das erste Mal richtig in die Auseinandersetzung einzubeziehen. Die Lehrerinnen und Lehrer haben schon beim Streik der Länderbeschäftigten gezeigt, dass sie willens sind zu kämpfen. 80.000 angestellte Lehrerinnen und Lehrer beteiligten sich am Streik. Ihre Gewerkschaft GEW war auch durch die Erzieherinnen und Erzieher überall sichtbar. Gerade in Ostdeutschland, wo der Anteil der angestellten Lehrkräfte hoch ist, war die Beteiligung gut. Die Dynamik des Streiks muss jetzt genutzt werden, um noch vor der Sommerpause die Auseinandersetzung erfolgreich weiterzuführen. In Berlin ist schon von einem einwöchigen Streik mit zentralem Protestcamp die Rede.

Linksjugend ['solid] unterstützt den Streik

Wir unterstützen den Kampf der Lehrerinnen und Lehrer für gerechte Bezahlung. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte sind die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler. Viele von uns waren in den Bildungs- und Schülerstreiks beteiligt, wo wir auch für bessere Bildung gestreikt haben. Wenn es zu einer ernststen Auseinandersetzung kommt, wird der Druck auf die Streikenden erhöht werden. Berichte über Schüler, die ihre Abschlussprüfungen nicht machen konnten oder deren Arbeiten nicht korrigiert wurden, werden in den Medien präsentiert werden. Wir können von der Seite der Lernenden deutlich machen, dass der Kampf der Lehrerinnen und Lehrer auch in unserem Interesse ist. Deshalb machen wir öffentlich deutlich, dass wir an der Seite der Streikenden stehen.

Dort wo es möglich ist, unterstützen wir Proteste und Streikposten der Lehrerinnen und Lehrer. Das kann von der Flugblattverteilung vor der Schule, zu Solidaritätsaktionen bis hin zum lokalen Schülerstreik reichen. Wir nehmen vor Ort Kontakt zur GEW auf und fragen, was geplant ist und wie wir sie unterstützen können. Über den BundessprecherInnenrat bringen wir zum Streik eine öffentliche Presse- und Solidaritätserklärung heraus und kommentieren ggf. später den Streikverlauf.

Freie und kostenlose Bildung für Alle - sonst gibt's Krawalle!

A 31 Aufklärung und Sensibilisierung im Verband zu individuellen Grenzen und sexistischen Grenzverletzungen.

Im Antragsheft des BuKos sowie in Readern/Begleitmaterial für Veranstaltungen des Bundesverbandes (wie Winterakademie, Sommercamp, Seminare etc.) wird jeweils eine Seite für die Darstellung des Zustimmungskonzepts (siehe Anhang) und die Sensibilisierung für individuelle Grenzen und sexistische Grenzüberschreitungen (Anhang 2) reserviert. Desweiteren wird in den ausgeteilten Materialien auf Kontaktmöglichkeiten zur Awarenessgruppe hingewiesen.

Der BSpR wird in Zusammenarbeit mit dem Länderrat darauf hinarbeiten, dass ähnliche Anträge in den Landesverbänden eingebracht werden.

Der BSpR wird in Zusammenarbeit mit dem Länderrat zum folgenden BuKo die Umsetzung dieses Antrages evaluieren. Dabei sollten mindestens folgende Fragen beantwortet werden:

In welchen Landesverbänden wurde ein entsprechender Antrag gestellt/beschlossen?

Wurden auf allen vom Antrag erfassten Veranstaltungen die Vorgaben umgesetzt?

Wenn nein, warum nicht?